

Wahl spezial

Fachmagazin der Landjugend
Ausgabe 2/2017

Du hast es in der Hand



Was steht drin...

- 03** Editorial
- 04** In was für einem Land wir leben (wollen)
- 06** Analog statt digital
- 06** Wählen & Zählen
- 07** Wahlrecht inklusiv gestalten
- 08** Das Geheimnis der guten Wahl
- 12** „Jugend“ im Politikgeschäft
- 14** Fernsehdebatten
- 16** BDL-Wahl-Check-Bingo
- 17** Neu im Bundesvorstand
- 18** Politik auf Augenhöhe
- 22** WAHLWEISE: Die JugendPolitikTage
- 23** Wählen ab 16 auf Landesebene
- 24** Wahlkampf oder Wahlkrampf!?
- 25** Politischer Durchblick von und für uns
- 26** Abkupfern erwünscht
- 28** Was war?
- 31** Termine / Impressum

8

Das Fachgespräch **Das Geheimnis der guten Wahl**

Selten konnten wir so viel entscheiden wie heute. Doch wie treffen wir die richtige Wahl? Und wovon hängt sie ab? All das und noch viel mehr erfahren wir von Prof. Dr. Rothmund. Er weiß ziemlich genau, was in der Wahlkabine vor sich geht und warum auf lange Sicht auch Fake News Entscheidungen beeinflussen. Freut euch auf einen kurzweiligen Crashkurs zur Psychologie des Wählens.

18

Die Landjugendumfrage **Politik auf Augenhöhe**

Geschimpft wird viel auf „die Politik“ - oft auch zu Recht. Doch die jungen Erwachsenen überlegen vor allem, wie sich mehr Demokratie wagen lässt. Denn bei aller Unterschiedlichkeit stehen die sechs Lajus für sie ein. Gerade in Zeiten, in denen sich das Misstrauen in politische Debatten frisst, machen sie deutlich, dass Demokratie nicht vom Himmel fällt, sondern gelebt werden muss. Von uns.

23-25

Aus den Landesverbänden **Vertrauen, Wahlk(r)ämpfe & #lajufragt**

Das Wahlengagement der Landesverbände ist so bunt wie die Landjugend: Die Niedersächsische Landjugend will bis zur nächsten Landtagswahl das Wahlalter herabsetzen. Die Bayerische Jungbauernschaft hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl mit „Populistischen Strömungen als politische und gesellschaftliche Herausforderung“ auseinandergesetzt und die Aktiven vom Bund Badischer Landjugend vermitteln „Politischen Durchblick von und für uns“.

Editorial

Ihr habt es in der Hand!

Na, wie ist euch der Döner am liebsten? Mit frischem Salat oder Hühnchen? Mit Lamm, Schaf oder Käse? Mit oder ohne Zwiebel? Und die Sauce im Fladenbrot? Knoblauch, süßsauer oder scharf? Du wählst, was reinkommt. Das gilt auch für den Bundestag. Denn in diesem Landjugendmagazin geht es nicht um die Füllung des hierzulande gut integrierten Döners, sondern um die Zukunft. Wenn ihr am 24. September ankreuzt, wer euch im Bundestag vertreten soll, dann bestimmt ihr die Regierungspolitik für die nächsten vier Jahre mit. Da können entscheidende Weichen für junge Menschen in den ländlichen Räumen gestellt werden. Die wichtigsten haben wir in unser BDL-Wahl-Check-Bingo (S.16) eingebaut. Probiert es aus, egal wo ihr in den nächsten Wochen unterwegs seid, ob on- oder offline, ob ihr Radio, Fernsehen oder Social-Media-Kanäle nutzt. Ihr geht doch wählen, oder (S.7)? Was für eine Frage, natürlich. Wer Freiheit und Demokratie schätzt, wer das Land gestalten und für die Zukunft streiten will, geht stolz voran und nutzt sein Wahlrecht. Natürlich ist Demokratie anstrengend, dieses Streiten und Suchen von Lösungen, mit denen möglichst viele Menschen leben können. Nicht-Wählen macht dieses Land nicht besser. Denn Demokratie heißt sich zu trauen, heißt sich selbst zu regieren. Da gibt es keinen vorgezeichneten Weg. Das geht nur durch Ausprobieren. Das erschöpft und frustriert im Kleinen wie im Großen. Aber nur so können wir die Zustände ändern.

Oder um es mit John F. Kennedy zu sagen: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann. Frage, was du für dein Land tun kannst.“ Klingt pathetisch? Na und? Mich berühren diese Worte, seit ich sie zum ersten Mal gehört habe. Sie geben mir Kraft. Vielleicht geht euch das ja auch so und sie helfen auf die Beine, wenn politische Entscheidungen euch umgehauen haben. Bei mir ist das der Fall.

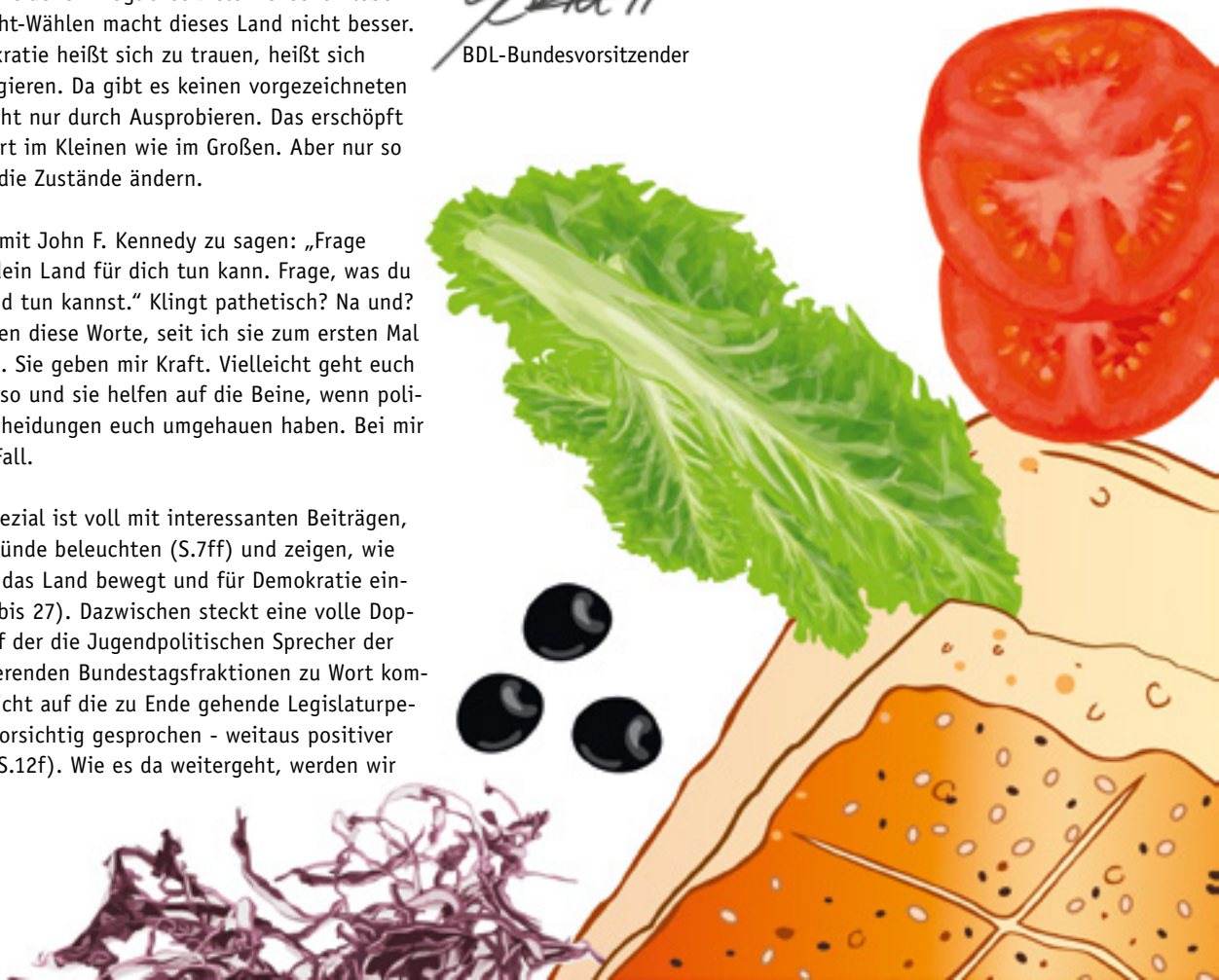
Das WAHLspezial ist voll mit interessanten Beiträgen, die Hintergründe beleuchten (S.7ff) und zeigen, wie Landjugend das Land bewegt und für Demokratie einsteht (S.18 bis 27). Dazwischen steckt eine volle Doppelseite, auf der die Jugendpolitischen Sprecher der beiden regierenden Bundestagsfraktionen zu Wort kommen. Ihre Sicht auf die zu Ende gehende Legislaturperiode ist - vorsichtig gesprochen - weitaus positiver als unsere (S.12f). Wie es da weitergeht, werden wir



nach der Wahl sehen. Wir sind vorsichtig optimistisch. In diesem Sinne: Vergesst euer Bingo nicht; behaltet im Hinterkopf, was ihr über Fernsehduelle (S.14f) und die Psychologie des Wählens (S.8ff) gelesen habt. So entschlüsselt ihr bestimmt das Geheimnis einer guten Wahl. Ihr habt es in der Hand!

Euer Sebastian Schaller

BDL-Bundesvorsitzender



In was für einem Land wir leben (wollen)

Eine Gebrauchsanweisung - nicht nur für die Wahlzeit

Vielleicht geht es uns ja wirklich zu gut. Manchem scheinen Frieden und Demokratie so selbstverständlich zu sein, dass sie sich auf die Politik, die da oben gemacht wird, verlassen. Und wenn sie mit ihr nicht zufrieden sind, wählen sie eben nicht. Wozu auch? Ändert doch sowieso nichts.

Hallo, möchte ich angesichts dieser Gleichgültigkeit fragen, geht's noch? Das ist unser Land, unsere Gesellschaft. Wenn wir uns aus der Verantwortung stehlen, was es das mit Demokratie und Zusammenhalt, mit Freiheit und Offenheit, mit Selbstbestimmung und Gemeinschaft.

Ich jedenfalls freue mich auf die Bundestagswahl. Ehrlich. Es steht für mich gar nicht zur Debatte, aufs Wählen zu verzichten. Die Stimmabgabe ist nicht nur eine Möglichkeit, um den politischen Kurs der nächsten vier Jahre mitzubestimmen, sondern aktive Beteiligung, die im Vergleich zu anderen Formen der Mitwirkung aufwandsarm zu haben ist.

Wer mit der Politik „da oben“ unzufrieden ist, kann sie selbst besser machen, kann sich wählen lassen und mit seiner Stimme Änderungen herbeiführen. Glaubt ihr nicht? Zweifel sind Wasser auf die Mühlen jedes Demokraten. Wer soll denn etwas ändern können, wenn nicht wir? Klare Kante zeigen ist wichtig in einer Gesellschaft, die der Mehrheit eine Stimme gibt, ohne andere Menschen in ihrer Würde zu verletzen.

Demokratie braucht Haltung und ist kein Verfahren, das

die Menschen aller paar Jahre zum Kreuzchenmacher degradiert. Sie muss gelebt, um sie muss gerungen, um ihre Werte gestritten werden. Das gilt gerade in Zeiten, in denen Verlustangst um sich greift, in denen Freiheit und Sicherheit miteinander konkurrieren und die Welt so aus dem Gleichgewicht geraten scheint, dass Frieden in unserer Nachbarschaft weniger selbstverständlich erscheint als noch vor ein paar Jahren. Da können wir nicht einfach abwarten und „die da oben“ machen lassen. Da ist jeder gefragt - in der Wahlkabine wie im Landjugendalltag. Demokratie gibt es nur dort, wo viele Menschen für sie eintreten.

Darum müssen wir uns auch die Frage stellen, in was für einem Land wir künftig leben wollen und was wir selbst - jeder für sich und wir alle im größten Jugendverband im ländlichen Raum - dafür zu tun bereit sind. Die erste Frage haben wir mit unseren Wahlforderungen schon beantwortet. Denn unser Land braucht eine parteiliche Politik für junge Menschen in den ländlichen Räumen - eine Politik, die den Dörfern Perspektiven eröffnet und ihre BewohnerInnen unterstützt, wenn sie die Verantwortung fürs Land ernstnehmen und ihre Heimat gestalten.

Zu den 34 Punkten, die aus BDL-Sicht das Land voranbringen, gehört beispielsweise die jugendpolitische Grundsatzforderung nach Sicherung und Dynamisierung der finanziellen Rahmenbedingungen und öffentlichen Förderung der Jugendverbandsarbeit in Deutschland. Doch der BDL sieht auch Verbesserungsbedarf in Sachen Breitband fürs Land oder Flächenfraß. Es gilt, die



ländlichen Räume aus dem toten Winkel in den Fokus von Politik zu bringen. Alle 34 Forderungen des BDL zur Bundestagswahl 2017 gibt's im Netz unter <http://wahl.landjugend.info>.

Die Landjugend als einer der großen Player in den ländlichen Regionen hierzulande muss die Forderungen aber auch an die KandidatInnen und Parteien bringen. Das ging beim Parlamentarischen Abend des BDL mit einem Abgeordneten-Besucherrekord im März in Berlin schon ganz gut. Dafür hatten wir unsere Forderungen in ein Spiel verpackt, das Landjugend und PolitikerInnen ohne Umweg direkt dazu ins Gespräch brachte (Foto). Und weil das so gut geklappt hat, haben wir „Ich steh' fürs Land. Ich stehe für Landjugend“ in größerer Auflage im Miniaturformat aufgelegt. „Klare Kante“ heißt das Kartenspiel, mit dem sich unsere Forderungen fürs Land notfalls sogar auf der Picknick-Decke vermitteln lassen. Für den Alltag haben wir unsere Forderungen noch in ein Wahlbingo im Postkartenformat gepresst (vgl. S. 16f) und ...

Damit lässt sich gut Politik machen. Doch sollten wir es auch in Wahlkampfzeiten nicht an Respekt für PolitikerInnen mangeln lassen. Das sind engagierte Menschen, die für eine bestimmte Zeit Verantwortung übernommen haben, von denen viele rund um die Uhr arbeiten und nur wenig Anerkennung bekommen. Auch wenn wir unzufrieden und vielleicht anderer Meinung sind, verdienen sie doch unsere Achtung. Nur auf dieser Basis lässt sich um der Sache willen streiten, lassen

sich Kompromisse und Lösungen fürs Land aushandeln, lässt sich unsere Demokratie aktiv gestalten. Wenn wir jedoch erlauben, dass politisch Verantwortliche bei Misserfolg quasi zur Schlachtabank geführt werden, ist unsere Gesellschaft auch aus anderem Grund in Gefahr: Dann wird es in Zukunft schwerer, junge Menschen zu überzeugen, sich verantwortlich in der Politik zu engagieren.

Ja, in den ländlichen Räumen läuft nicht alles rund. Doch wir, die Landjugend, lassen uns nicht kleinkriegen. Heute nicht und in der Zukunft auch nicht. Davon bin ich persönlich überzeugt. Denn wir mischen uns ein und irgendwann muss man auf uns hören, auch wenn es manchmal mehr als ein Jahrzehnt dauert, wie beim Breitbandausbau in vielen deutschen Regionen. Da ist unsere Forderung so aktuell wie vor zwölf Jahren. Denn es geht nicht um Spaß am Internet, es geht um sehr viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum, um unsere Wirtschaftskraft, um unser Land.

Deutschland muss optimistischer werden. Wir sollten uns mehr auf das Positive besinnen und nicht immer das, was nicht läuft, herausstellen - nur um mehr zu verkaufen oder mehr Klicks zu erhalten. Denn das nervt und zieht runter. Schließlich leben wir in einem freiheitlichen Land voller Möglichkeiten und Vielfalt, das weder Melkkuh der Nation ist noch als Übermutter für uns die Probleme löst. Das müssen wir schon selber tun.

Sebastian Schaller, BDL-Bundesvorsitzender

Analog statt digital

Warum Bundestagswahlen offline bleiben

Wir starten Petitionen und Beziehungen online, kaufen und arbeiten online... - die Digitalisierung verändert unser Leben. Doch was ist mit Stimmabgabe per Mausclick? Politische Wahlen würden für alle einfacher und langfristig kostengünstiger, ihre Auswertung leichter und schneller.

Davon sind wir weit entfernt. Das zeigt der EU-Fortschrittsreport, in dem Deutschland weit unter dem Durchschnitt liegt. Abgeschlagen landet es auf Platz 20 im EU-Ranking, das Estland anführt. Allen Sicherheitsbedenken zum Trotz hat dort vor zwei Jahren ein Fünftel online sein Parlament gewählt.

Hierzulande ist es nicht nur die Sorge um die persönlichen Daten, die einer Online-Wahl im Wege steht. Auch die ungleiche Verteilung schneller Internetanschlüsse oder die ungleichmäßig ausgeprägte Netzaffinität der

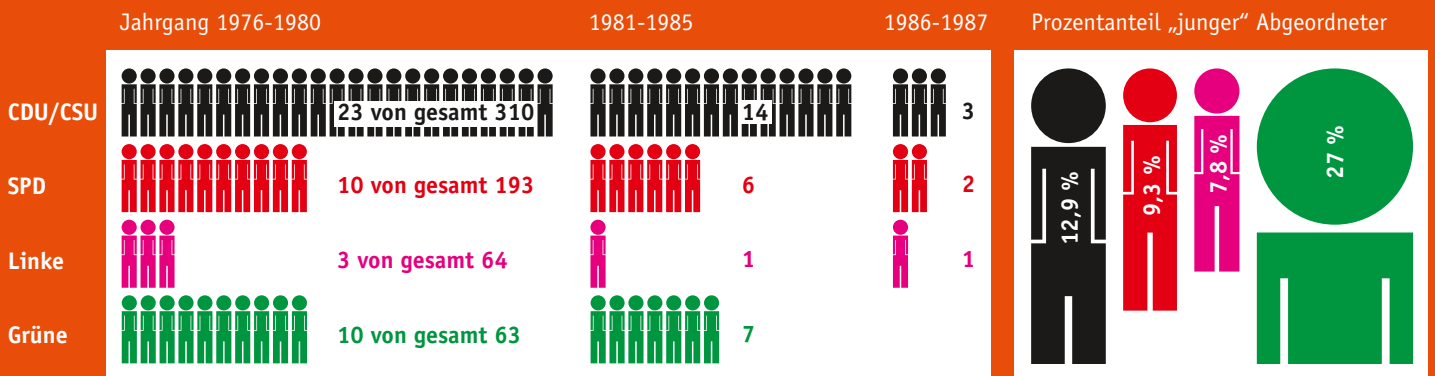
WählerInnen sind nicht das Problem. Vielmehr hat das Bundesverfassungsgericht vor Jahren geurteilt, dass alle entscheidenden Schritte eines Wahlvorgangs öffentlich nachvollziehbar und überprüfbar sein müssen.

Die Entscheidung fiel 2009, nachdem bei Wahlen von Gemeinderat bis Parlament Wahlcomputer eingesetzt worden waren. Heute ist die Welt zwar digitaler und schneller geworden, doch sie ist weit davon entfernt, die sich auf den Artikel 38 des Grundgesetzes „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt“ stützenden Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts zu entkräften. Es wird also noch Zeit ins Land gehen, bis eine vor Manipulationen geschützte geheime elektronische Wahl am Computer, die nachprüf- und auch nachzählbar ist, uns die Demokratie leichter macht.

Wählen & Zählen

Statistiken rund um die Wahlen

„Junge“ Abgeordnete im Bundestag



Die sieben jüngsten Abgeordneten



Stand: Dezember 2015; Quelle: www.bundestag.de

Wahlrecht inklusiv gestalten

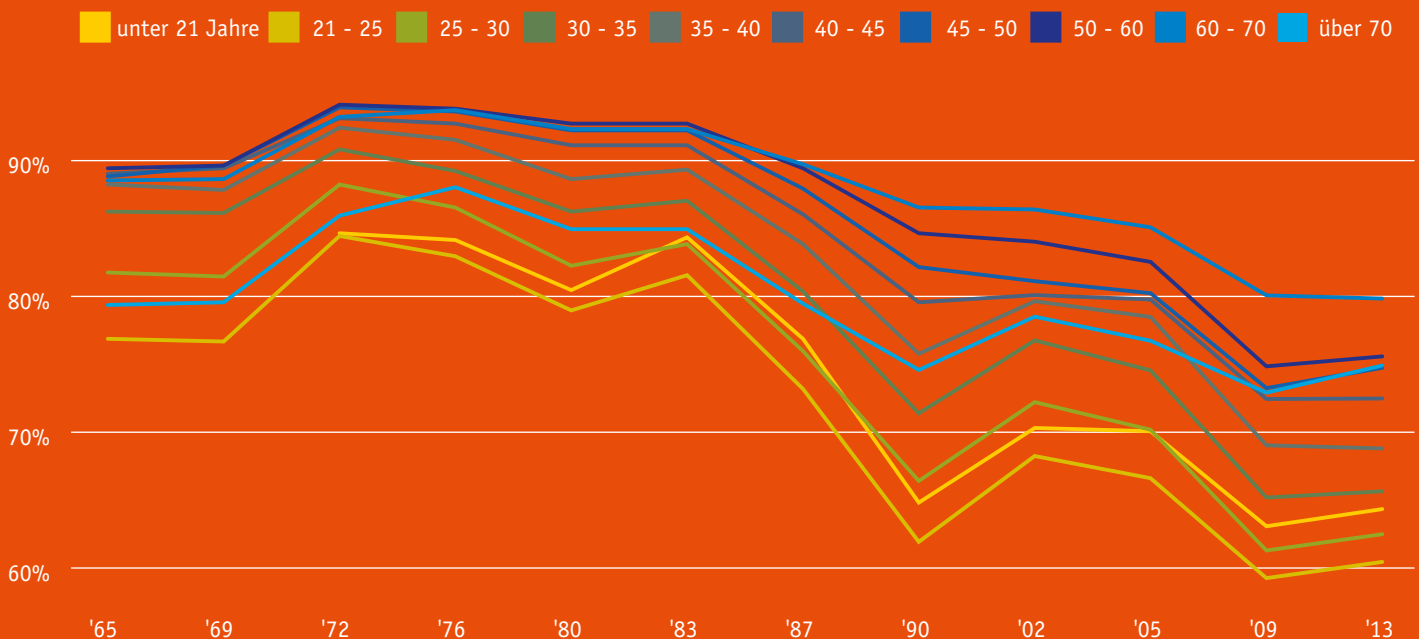
Eine Frage von Teilhabe und Gerechtigkeit

Jeder Deutsche darf mit 18 wählen. So steht es im Grundgesetz. Und doch sind gut 81.000 Menschen wegen „dauerhafter Vollbetreuung“ vom Wahlrecht ausgeschlossen. Statt Inklusion regelt der Paragraph 13 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes Ausgrenzung, denn vor allem stark körperbehinderte Menschen mit geistiger Beeinträchtigung oder Menschen mit psychosozialen Problemen benötigen in allen Angelegenheiten Betreuung. Auffallend sind dabei die regionalen Unterschiede. So ist ihre Zahl beispielsweise in Bayern im Verhältnis 26 Mal so hoch wie in Bremen (Studie zum aktiven und passiven Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen, Juli 2016).

Es ist unwahrscheinlich, dass die Menschen im Freistaat so viel unfähiger sind als in Bremen, ihre Dinge selbst zu regeln. Vielmehr scheint das Betreuungsrecht anders umgesetzt zu werden. Kein Wunder, dass nicht nur die

Landes- und Bundesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen gegen die Wahlausschlüsse Sturm laufen. Auch für Angehörige und viele Betroffene ist die Ungerechtigkeit greifbar. Warum sollen Menschen mit Behinderung das Wahlrecht nicht ausüben dürfen, wenn sie es wollen? Weil sie aus dem Bauch entscheiden? Das tun viele andere auch. Weil ein Betreuer bestellt wurde? Wohl kaum, denn Menschen, die vorsorglich ihre „Vollbetreuung“ bestellt haben, behalten das Wahlrecht. Die Vereinten Nationen haben Deutschland für diese pauschale, mit dem Menschenrecht unvereinbare Diskriminierung bereits gerügt. Höchste Zeit, die Behindertenrechtskonvention umzusetzen, das Wahlgesetz zu ändern, so dass Erwachsenen, die wegen Behinderung betreut werden, nicht länger das Wahlrecht vorenthalten wird. Es geht um Teilhabe.

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen



Quelle: Der Bundeswahlleiter, Bundeszentrale für politische Bildung; 1994 und 1998 keine Erhebung

Das Geheimnis der guten Wahl

Ein Gespräch über Wissen und Vertrauen, über Fake News und den Wunsch, die Welt zu verstehen

Selten konnten wir so viel entscheiden wie heute. Diese Freiheit macht uns das Leben schwer. Auch bei den Wahlen. Und erst recht, wenn Parteien sich nur noch wenig unterscheiden. Wie können wir trotzdem die richtige Wahl treffen? Und wovon hängt unsere Entscheidung ab? All das und noch viel mehr wollten wir von Prof. Dr. Tobias Rothmund wissen. Der Professor für Politische Psychologie weiß ziemlich genau, was in der Wahlkabine vor sich geht, und warum auf lange Sicht auch Fake News Entscheidungen beeinflussen können. Macht euch gefasst auf einen kurzweiligen Crashkurs zur Psychologie des Wählens.

Verraten Sie uns, wie Sie den Abend des 24. September verbringen?

Ehrlich gesagt, ich bin im Urlaub. Das hat sich so ergeben.

Sie gehen nicht wählen?

Briefwahl ist für mich eine gute Option. Die interessantesten Dinge passieren ohnehin nicht am Wahlabend, sondern vorher. Die Dynamik des Wahlkampfes wird nicht erst am 24. September ihren Höhepunkt erreichen.

Sind Sie gespannt auf den Wahlausgang? Oder ist für Sie schon alles klar?

Nein, da ist nichts klar. Das ist eine interessante Wahl. Das wird diesmal kein Selbstläufer für Angela Merkel. Es gibt mit Schulz einen interessanten Gegenkandidaten.

Wissen Sie schon, wen sie wählen?

Ich glaube schon. Ja.

Das war bei Ihrem Fachgebiet - Politische Psychologie - zu erwarten. Was machen Sie da eigentlich?

Wir versuchen, das politische Denken psychologisch zu verstehen. Das ist sinnvoll und spannend, weil die Politik ein Teil unseres sozialen Lebens ist. Viele Fragen berühren das zwischenmenschliche Leben, insofern spielt die Psychologie stets eine Rolle. Lange war diese Seite der Politik wenig untersucht. Es gab in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg Forschungen zu Autoritarismus von Adorno und Kollegen. Seither beschäftigten sich aber

wenige Forscher mit den psychologischen Grundlagen politischen Denkens und Handelns. In den USA ist das anders. Da gibt es viele Lehrstühle, die sich mit politischer Psychologie beschäftigen.

Deutschland hinkt da hinterher. Ist das so schlimm?

In Deutschland ist die gesellschaftliche Situation anders als in den USA, deswegen sollten wir uns auch nicht nur auf die US-amerikanische Forschung verlassen. Was in den USA stimmt, stimmt hier nicht unbedingt. Dort gibt es beispielsweise eine sehr polarisierte Parteienlandschaft. In Deutschland sind politische Landschaft und die Einstellungen der Menschen weniger gegensätzlich. Das wirkt sich beispielsweise auf den Wahlkampf aus, der mit weniger radikalen Positionen als in den USA geführt wird.

Wieso ist Vertrauen gerade für PolitikerInnen eine wichtige Währung? Sind nicht Sachkenntnisse wichtiger?

Die Frage ist, wie man Vertrauen definiert. Ich würde sagen, dass Sachkenntnisse eine Rolle spielen. Ob ich Vertrauen in einen Politiker habe, hängt auch davon ab, ob er seinen Job gut macht.

Das liegt auf der Hand, aber worin misst sich das?

Unsere Forschungen zeigen, dass es drei Dimensionen der Vertrauenswürdigkeit gibt. Das ist erst einmal die moralische Integrität, also ob jemand ehrlich und aufrichtig ist. Die zweite Komponente ist Kompetenz. Jeder hat entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten. Und als



Tobias Rothmund ist Juniorprofessor für Politische Psychologie am Institut für Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik (IKM) an der Universität Koblenz-Landau.

drittes ist das Wohlwollen zu nennen. Interessieren sich Politiker für die Interessen und Belange der Wähler? Bemühen sie sich um sie? Diese drei Dinge hängen in der Regel zusammen.

Gibt es den idealen Politiker?

Jeder Kandidat hat Stärken und Schwächen. Dem Newcomer Schulz wird ein hohes Maß an Wohlwollen zugesprochen und auch Integrität. Er wirkt authentisch. Die Menschen glauben, was er sagt.

Wie sieht es mit Sympathie aus? Ist sie auch Teil dieses Dreiklangs?

Sympathie ist ein Indikator für Vertrauenswürdigkeit. Im Prinzip wissen wir ja über viele Politiker gar nichts. Wir wissen nicht, wie sie wirklich drauf sind. Wir hören mal ein Interview, sehen mal ein Bild, aber wie sie wirklich arbeiten oder persönlich sind, wissen wir nicht. Da muss man sich häufig an Heuristiken orientieren. Sympathie spielt da eine Rolle und ist ein einfacher Weg, um sich von einer Person ein Bild zu machen. Sympathie fließt in die Bewertung von Wohlwollen und Integrität ein.

Sie sprachen gerade Heuristiken an. Was ist das?

Heuristiken sind eine Art Faustregel. Oft fehlen uns Zeit, kognitive Kapazität oder einfach Informationen, um uns ein differenziertes Bild machen zu können - egal ob von einem Kandidaten oder dem Programm einer Partei. Man verlässt sich daher häufig auf einfache Faustregeln.

Zum Beispiel...

„Ich wähle einfach den, der mir sympathisch ist.“ Diese Regel hat eine gute Kosten-Nutzen-Bilanz, da man nicht viel Zeit braucht, um sich eine Meinung zu bilden.

Haben Sie noch so eine eingängige Faustregel?

Das Problem der Fake-News kocht ja gerade hoch. Wenn man bei Social Media mit Meldungen konfrontiert wird, muss man sich schnell eine Meinung bilden können, was davon wahr ist. Dabei ist die Plausibilität sehr wichtig. Wenn die Nachricht also zu dem passt, was ich ohnehin schon glaube, dann scheint mir das plausibel und ich gehe davon aus, dass die Nachricht wahr ist.

Das ist gefährlich...

Das ist ein Mechanismus, der bei Fake-News strategisch ausgenutzt wird. Da werden eben Meldungen platziert, die in ein bestimmtes Denkmuster passen. Das ist im Grunde genommen ein perfektes Einfallstor für Falschmeldungen.

Wie würden Sie mit Meldungen oder Dokumenten umgehen, die - wie in Frankreich - kurz vor der Wahl auftauchen und bei denen keiner genau weiß, ob sie echt und wie sie einzuschätzen sind?



Foto: privat; Illustrationen: Freepik (Hände+Smartphone)

Wir stehen zunehmend vor der Herausforderung, zwischen legalen und illegalen Formen der Beeinflussung unterscheiden zu müssen. Das ist eine ganz schwierige Gemengelage. Das eine Problem: Selbst wenn klar ist, dass eine Nachricht Fake ist, kann sie uns trotzdem beeinflussen. Ein zweites Problem: Durch die veränderte Medienlandschaft müssen wir immer häufiger selbst entscheiden, was wahr ist und was falsch. Das wird uns in vielen Fällen nicht mehr von den Journalisten abgenommen. Viele Fake News werden ja über Social Media verbreitet. Da gibt es niemanden, der überprüft, was wahr ist und was falsch. Die Verantwortung, das zu entscheiden, ist auf den Endnutzer übergegangen.

Das ist sehr anstrengend und zeitfressend...

...aber möglicherweise nicht das Ende vom Lied. Es wird neue Formate geben, zum Beispiel Factchecking-Webseiten und sicher auch neue Akteure, die die Glaubwürdigkeit von Nachrichten in sozialen Medien prüfen. Es wird auf Dauer nicht so bleiben, dass der Rezipient mit dieser Aufgabe allein gelassen wird. Wir stehen da am Anfang einer Entwicklung, in der es noch keine etablierten Strategien gibt.

Noch einmal zu den Fake News. Sie deuteten an, dass sie selbst dann Wirkung zeigen, wenn ich weiß, dass sie falsch sind.

Das ist der sogenannte Sleeper-Effekt. Erst einmal ist klar: Wenn Menschen mit Falschinformationen konfrontiert sind, von denen sie wissen, dass die Quelle der Nachricht unglaubwürdig ist, dann berücksichtigen sie das und diese Information fließt nicht in unser Urteil ein. Leider ist es so, dass sie weiter in uns schlummert. Das Problem ist nun, dass die Quelle schneller vergessen wird als die Information selbst. Damit kann sie unser Verhalten zu einem späteren Zeitpunkt durchaus beeinflussen. Ganz einfach weil vergessen wurde, dass es eine unglaubwürdige Information war. Wir erinnern uns nur noch an die Nachricht an sich.



Wenn man als WählerIn unsicher ist, müssten doch diejenigen am ehesten punkten, die möglichst klar sagen können, wo es langgeht.

Im Moment gibt es zunehmend Parteien und Politiker, die sehr einfache Wahrheiten formulieren. So wie bei Trump in den USA. Diese Vereinfachung hat mit der zunehmenden Komplexität in unserer Lebensumwelt zu tun. Allerdings sind nicht alle gleichermaßen empfänglich für einfache Antworten. Manchen Menschen macht die Komplexität der heutigen Welt mehr Unbehagen als anderen. Die Vereinfachung ist ein Mittel für Politiker, besorgten und verunsicherten Menschen eine vermeintliche Sicherheit zu vermitteln.

Dann wäre Wissen in der Sache weniger wichtig als das Vertrauen?

Das ist keine Frage des Vertrauens. Wenn ein Politiker sagt, es gibt nur Lösung 1, 2 oder 3 und dann wird alles besser, dann wird damit das fundamentale Bedürfnis von Menschen angesprochen, die Welt verstehen zu wollen. Es ist für uns alle wichtig, die Welt um uns herum zu verstehen, sonst haben wir keine Kontrolle, können schlecht Pläne machen und erleben emotionale Unsicherheit. Aus psychologischer Sicht sind einfache Lösungen daher sehr verlockend.

Das erklärt, warum jemand an Trump glauben kann.

Als Person erscheint er ja nicht unbedingt vertrauenswürdig. Die Leute haben ihn trotzdem gewählt. Das zeigt, dass dieses Phänomen nichts mit der Vertrauenswürdigkeit zu tun hat, sondern eher mit dem Bedürfnis, einfache Wahrheiten zu glauben.

Wie sieht es mit der Glaubwürdigkeit von PolitikerInnen aus? Was passiert, wenn jemand bei wichtigen Themen die Position wechselt? Die Kehrtwende der Kanzlerin bei der Atomwende hat ihr beispielsweise nicht geschadet. Wie erklären Sie sich das?

Umfragen zeigen, dass PolitikerInnen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen sehr wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. Das Vertrauen ist also insgesamt auf niedrigem Niveau. Merkel punktet allerdings sehr stark durch Wohlwollen und Kompetenz. Sie wird ja gern als „Mutti“ bezeichnet, denn sie sorgt sich, ihr ist es nicht egal, wie es den Menschen geht. Und obwohl sie bei der Flüchtlingskrise viel Gegenwind bekommen hat, wird sie davon profitieren, dass BürgerInnen in bedrohlichen Zeiten eher auf Stabilität als auf Veränderung setzen.

Wirkt ein Positionswechsel vielleicht auch deshalb glaubwürdig, weil er sich mit der persönlichen Lebenserfahrung vieler Menschen deckt, in deren Alltag auch nicht immer alles gradlinig verläuft? Wenn jemand bereit ist, sich an veränderte Situationen anzupassen, dann ist das nicht unbedingt

ein Hinweis darauf, dass der Person nicht vertraut werden kann. Das wird nicht zwingend ein Problem der Glaubwürdigkeit. Natürlich hängt die Wirkung auch davon ab, wie stark jemand mit einer bestimmten Position identifiziert wird. Angela Merkel hatte sich beispielsweise nicht persönlich mit einem JA! zur Atomenergie profiliert. Deswegen hat der Wechsel in der politischen Ausrichtung ihrer Glaubwürdigkeit möglicherweise auch nicht geschadet.

Wie und wann treffen WählerInnen politische Entscheidungen?

Wir unterscheiden zwischen Stamm- und Wechselwählern. Seit Mitte der 50er ist die Zahl der Stammwähler kontinuierlich rückläufig. Immer mehr Menschen stimmen von Wahl zu Wahl unterschiedlich. D.h. aber auch, dass sich immer mehr Menschen relativ kurzfristig entscheiden. Das macht die Wahlkampagnen schwieriger und wichtiger und verändert die Parteienlandschaft.

Warum?

Weil immer mehr Menschen bereit sind, eine Partei zu wählen, die sie noch nie gewählt haben. Da ist viel Dynamik drin.

Was passiert eigentlich in der Wahlkabine?

Auf der Basis der Entscheidungsforschung könnte man sagen: Wenn man sich noch nicht entschieden hat, ist alles, was in der Wahlkabine abläuft, mehr oder weniger Zufall. Dann entscheiden Kleinigkeiten. Das ist dann ein bisschen so wie beim Würfeln.

Was halten Sie vom dokumentarischen Selfie in der Wahlkabine?

Im Prinzip finde ich das nicht so verkehrt, wenn es darum geht, für das Wählen zu werben. Aus dieser Perspektive ist es sogar eine gute Strategie, denn Menschen lassen sich am ehesten von etwas überzeugen, wenn ihre Bekannten dasselbe tun. Wenn also viele auf Facebook posten, dass sie wählen gehen, dann sollte das andere dazu bewegen, selbst auch wählen zu gehen. Aus rein psychologischer Perspektive halte ich das daher für ein sinnvolles Instrument zur politischen Mobilisierung.



Wie erreicht man die Menschen, für die Fakten nicht mehr zählen?

Sie meinen Nichtwähler? Ich glaube, dass es immer einen gewissen Anteil an Menschen gibt, die sich nicht für Politik interessieren und auch nicht zur Wahl gehen. Aber es ist wichtig, dass dieser Anteil nicht zu groß wird. Ich halte nichts von der Forderung, überall Wahlkabinen aufzustellen, denn ich glaube nicht, dass die Leute zu faul zum Wählen sind. Eher glaube ich, dass die meisten Nicht-Wähler überzeugte Nicht-Wähler sind.

Wie lässt sich das ändern?

Es ist wichtig, dass sich Parteien in ihren Programmen unterscheiden und mit sichtbaren Unterschieden auch alle demokratischen Bereiche ausgelotet werden. Wenn man den Eindruck hat, dass alle Parteien im Grunde das selbe wollen, sie sich nicht mehr unterscheiden, dann ist das für die Demokratie ein großes Problem.

Haben eigentlich die Umfragezahlen, die schon lange vor der Wahl durch die Medien geistern, eine Wirkung auf unsere Wahlentscheidung?

Sie haben einen Effekt. Wenn ich weiß, wie andere die Situation einschätzen, kann das einen mobilisierenden Einfluss haben. Es kann aber umgekehrt auch demobilisieren. Ich halte die Veröffentlichung nicht für unproblematisch, weil sie einen Einfluss auf die Bereitschaft hat, wählen zu gehen.

Was raten Sie uns als Landjugend, damit unsere Forderungen von den PolitikerInnen nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden?

Es lohnt sich, die große Anzahl der Mitglieder der Landjugend zu mobilisieren, wenn es darum geht, ihre Interessen zu vertreten. Dann ist es leichter, den Druck auf politische Entscheidungsträger zu erhöhen. Hierzu würde ich mich auf die sozialen Medien fokussieren. Wenn Sie eine bestimmte Menge an Unterstützern, an sichtbarer Personenpower haben, dann hat das auch Einfluss auf Entscheidungsträger.

Für das Gespräch bedankt sich Carina Gräschke.



„Jugend“ im Politikgeschäft

Drei Sichtweisen – drei Meinungen

Von einer großen Koalition mit klaren Mehrheiten hatte der BDL mehr erwartet.

„Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. (...) Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Jugendverbänden. Sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie“. So vielversprechend begann die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Im Koalitionsvertrag gaben sich die beiden Parteien klare Ziele für ihr gemeinsames Wirken. Aufgrund der Stimmenverteilung können sie auch gegen die Opposition ihre Vorhaben durchsetzen.

Wo stehen wir nun, kurz vor der nächsten Wahl? Das Ergebnis ernüchtert den BDL. Die „ressortübergreifende Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat“, hat nur

mit Hilfe des Parlaments eine drohende Kürzung bei den Jugendverbänden abgewendet, der Jugend-Check, der „Maßnahmen [der Bundesregierung] auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation“

überprüfen sollte, ist gescheitert. Im Reformprozess des SGB VIII - die gesetzliche Grundlage für die Kinder- und Jugendarbeit und damit auch die Jugendverbandsarbeit - bringt der von CDU/CSU und SPD im Bundeskabinett verabschiedete Regierungsentwurf im Detail Paragraphen mit sich, die nicht nur die eingangs zitierte wohltonende Selbstverpflichtung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien konterkarieren.

Wo steht also „die Jugend“ im Politikgeschäft? Das wollten wir von den beiden Jugendpolitischen Sprechern der regierenden Bundestagsfraktionen wissen und haben gefragt: Was haben Sie als verantwortliche Regierungspartei in den vergangenen dreieinhalb Jahren erreicht? Wie ist es um die Eigenständige Jugendpolitik bestellt? Wie nah sind Sie tatsächlich dran an der Jugend? Was muss sich ändern, damit für junge Menschen Politik gemacht wird? Was nehmen Sie sich für die neue Wahlperiode vor?

Und eins noch: In der 19. Legislaturperiode erwarten wir auf jeden Fall mehr Taten, mehr Wirkung, mehr Verantwortung und haben dies in den Forderungen des BDL zur Bundestagswahl 2017 konkretisiert.



Stefan Schwartz, Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

Ich bin überzeugt, dass die Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen passgenaue Rahmenbedingungen für ein gutes und gerechtes Aufwachsen bieten muss. Dafür ist es unerlässlich zu begreifen, was Jugendliche brauchen. Wir Sozialdemokraten verstehen „Jugend“ als eigenständige Lebensphase mit spezifischen Charakteristika und ganz eigenen Herausforderungen. Diese Eigenständigkeit steht im Mittelpunkt unserer politischen Handlungen. Wir wollen erreichen, dass unsere Gesellschaft jugendgerechter wird und dass jeder Jugendliche und junge Erwachsene sein Leben so selbstbestimmt wie möglich führen kann. Dafür haben wir in dieser Wahlperiode viel Geld in die Hand genommen, Projekte im ländlichen Raum sowie in

Städten gefördert, die Jugendverbandsarbeit unterstützt und als Parlament das Jugendschutzgesetz um ein Konsum- und Abgabeverbot für elektronische Zigaretten und e-Shishas erweitert.

Besonders im Bereich Bildung - von der frühkindlichen Bildung über Schule bis hin zu Ausbildung und Universität - haben wir die Infrastruktur und Angebote für Kinder und Jugendliche verbessert und damit die notwendigen Grundlagen für mehr Bildungsgerechtigkeit gelegt. Das fängt mit Sprachförderung in der Kita an und geht über Angebote der Schulsozialarbeit und der Sanierung von Schulgebäuden bis hin zu unseren Konzepten für mehr Durchlässigkeit von akademischer und beruflicher Bildung sowie der Stärkung der dualen Ausbildung.

Selbstverständlich stehe ich als Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in ständigem Austausch mit den Akteuren aus Verbänden, Jugendämtern, Minis-

Fotos: Annette Konoll (li.); Dr. Borwin Lueth (re.)

terien, Schulen, Instituten und den Jugendlichen vor Ort in meinem Wahlkreis (Kreis Herford und die Stadt Bad Oeynhausen in NRW). Ich weiß daher aus erster Hand: Wir dürfen uns nicht auf erzielten Verbesserungen ausruhen, sondern müssen immer weiter am Ball bleiben. Das schlägt sich auch im Wahlprogramm der SPD nieder: Wir wollen ein eigenes Kapitel zum Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ auflegen, um unseren entsprechenden Forderungen noch mehr Nachdruck zu verleihen. Unbedingt anpacken müssen wir das Thema des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf



Marcus Weinberg, Jugendpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für uns stehen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit an erster Stelle einer umfassenden Jugendpolitik. Politik muss unseres Erachtens vor allem dafür sorgen, dass heutige Entscheidungen nicht zum Nachteil der kommenden Generation gehen. Politik, die kostspielige Wahlgeschenke macht und nicht langfristig die Folgen für die heutigen Kinder und Jugendlichen im Blick hat, ist somit auch eine schlechte Jugendpolitik. Solide Haushaltspolitik, Rentenpolitik, Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sind gerade für die Lebensqualität der jungen Generation in ländlichen Räumen wichtig. Insofern ist es eine große übergeordnete Leistung dieser Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel, dass Deutschland ohne neue Schulden auskommt. Diese nachhaltige Politik schafft Handlungsräume auch für viele konkrete Projekte für junge Menschen - in urbanen wie in ländlichen Regionen gleichermaßen. Jugendpolitik ist auch eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Junge Menschen brauchen die Perspektive, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu bekommen. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeitsquote seit vielen Jahrzehnten. Das ist ebenfalls ein großer Erfolg unserer Regierungsarbeit, auf den wir stolz sind. Neben den zentralen Themen der gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen, einer gelungenen Bildungs- und Wissenschaftspolitik und dem Schaffen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wollen wir auch die aktuelle Lebensrealität von Jugendlichen verbessern. Jugendliche brauchen Freiräume, Mobilität, Bildung und Freizeitangebote, um ihrem Entfaltungsdrang nachkommen zu können. Gerade in ländlichen Regionen müssen dafür Angebote verstärkt entwickelt werden. Für die Union ist die gesamte Stärkung der ländlichen Region ein Schwerpunkt der Arbeit der nächsten Jahre. Dieses auch im Sinne der jungen Generation. Vieles davon muss vor Ort und in den Kommunen stattfinden. Jugendpolitik hat daher einen starken Schwerpunkt auf

Jugendliche und junge Erwachsene - besonders in ländlichen Räumen. Hier hat die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (kurz: BMFSFJ) unter Beteiligung jugendpolitischer Vertreter bereits konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, die in die Demografiestrategie der Bundesregierung einfließen.

Für mich ist und bleibt klar: Jugendpolitik muss gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestaltet werden. Dafür werde ich mich auch weiterhin stark machen.

Landesebene und kommunaler Ebene. Der Bund hat in diesem Sinne die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ geschaffen, die jugendgerechte Kommunen fördert. Auch der Innovationsfonds im Kinder- und Jugendplan unterstützt jugendpolitische Projekte, die die Entfaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen im Fokus haben.

Wichtig sind uns dabei Projekte, die dem Bedürfnis nach Online-Kommunikation, z.B. in Schulbussen, nachkommen, die die Mobilität steigern, indem zum Beispiel Radwegenetze ausgebaut und Fahrdienste gefördert werden. Die Jugendarbeit muss auch, zum Beispiel durch das Zugänglichmachen von Räumen und Flächen an Schulen, in Kirchen etc. verstärkt werden. Außerdem ist die Bildungsberatung offline wie online und die Transparenz des lokalen Ausbildungs- und Stellenmarktes für Jugendliche wichtig, damit sie ihre Möglichkeiten kennen. Und nicht zuletzt: Es wird viel von Jugendpartizipation geredet. In der Praxis ist dies oft leichter gesagt als getan. Ziel muss sein, dass es nicht „nur“ bei einer kleinen Gruppe besonders Engagierter bleibt, sondern es gelingt, möglichst viele Jugendliche zu motivieren, sich zu beteiligen. Junge Menschen sollen sich bei der Weiterentwicklung des Gemeinwohls „vor Ort“ stärker beteiligen, Partizipation muss dabei auch Spaß und Erfolge sichtbar machen. Daher unterstützen wir „Gamification“ als Methode, möglichst viele Jugendliche zu erreichen.

Dazu gehört auch, dass Jugendliche merken, dass und wie ihre Beteiligung wirkt. Damit Empfehlungen von Kindern und Jugendlichen auch tatsächlich umgesetzt werden und nicht versacken, braucht es klare Strukturen, gerade in der Umsetzung auf kommunaler Ebene. In der nächsten Legislaturperiode werden wir weitere Projekte hierzu im Rahmen der Stärkung der ländlichen Region gemeinsam mit der jungen Generation auf den Weg bringen.

Jugendliche müssen merken, dass und wie ihre Beteiligung wirkt.

Fernsehdebatten

Charmantes Format mit gutem Überblick

Die im Vorfeld von Wahlen stattfindenden - live übertragenen Streitgespräche - haben viele Namen: TV-Debatten, TV-Duelle, Kanzlerdebatte, Fernsehdebatten, Fernsehduelle. Sie sind inzwischen fest etabliert und zählen zum Höhepunkt eines jeden Wahlkampfes. Die politischen Streitgespräche gehören inzwischen auch hierzulande als fester Bestandteil zu allen Wahlen auf Landes- und Bundesebene in Deutschland.

Das Fernsehduell hat vor allem in den USA schon eine lange Tradition. Die vier erstmals im Vorfeld des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 1960 stattgefundenen Fernsehdebatten gelten noch heute als erstes wichtiges wahlveränderndes Großereignis. So war John F. Kennedy der erste amerikanische Präsidentschaftskandidat, der das Medium Fernsehen zu seinem Vorteil nutzen konnte. Durch gutes Aussehen konnte Kennedy, im Gegensatz zu einem kränklich aussehenden und schlecht rasierten Richard Nixon, das Duell klar für sich entscheiden. Für die Radiozuhörer dieser Debatte ergab sich jedoch im Gegensatz zu den ZuschauerInnen vor

den Fernsehgeräten ein umgekehrtes Ergebnis. Dieses Ergebnis spiegelt die Wirkkraft und mögliche Macht von Fernsehdebatten wider. In Deutschland ersetzte die erste Fernsehdebatte 2002 (Schröder gegen Stoiber) die bis dahin regelmäßig ausgestrahlte Elefantenrunde im Vorfeld der Bundestagswahl.

Das Format hat definitiv seinen Charme: Die beiden SpitzenkandidatInnen der jeweils größten Parteien des Landes treffen einmalig im Wahlkampf direkt aufeinander und streiten live im Fernsehen. Natürlich tingeln die PolitikerInnen durch das Land und die Talkshows und halten Reden, jedoch größtenteils vor einem Publikum, das aus eigenen und interessierten ParteianhängerInnen besteht. Während des Fernsehduells debattieren sie nun Auge in Auge, in meist hitzigen Diskussionen. Das sonst so kalkulierte Verhalten von bestens vorbereiteten PolitikerInnen kann dabei durchaus ins Wanken geraten. Wir erleben sie dadurch als Menschen, die nicht nur eingetübte Statements abspulen, sondern auf ihren Kontrahenten reagieren müssen und den Fragen der ModeratorInnen nicht ausweichen können.

Beeinflussen Fernsehduelle dich?

Johannes Wüstemann:

Fernsehduelle zeigen vor allem, wie gut die Akteure ihre Argumente prägnant zusammenfassen können. Wer am Ende die Argumente in seinem Entscheidungsprozess sinnvoller gewichtet wird, sieht man nicht. Zwischen der reichlich dargebotenen Schau kann man zumindest feststellen, wer sich verständlich ausdrücken kann und wer seine Argumente besser kennt.

Lorenz Kaspar:

Fernsehduelle sind eher Unterhaltung und dienen der Einschaltquote, als dass sie jemandem bei der Wahlentscheidung helfen. Die Wahlentscheidung sollte nämlich nicht anhand der Person, die sich besser verkaufen kann, sondern anhand der Positionen, die vertreten werden, getroffen werden.

Franziska Trepte:

TV-Duelle zwischen kontrahierenden Politikern bieten eine gute Möglichkeit, sich den Wählern bürgernah zu präsentieren. Vom Sofa aus ist die Hürde, sich über Parteiprogramme zu informieren, besonders niedrig. Zuhören ist die einzige Aufgabe, die bequem gelöst werden kann. Und die Politiker stellen sich zum einen den gut recherchierten Fragen der Moderation, aber auch den zuweilen aus Live-Beiträgen generierten Fragen der breiten Bürgerschaft. Das birgt meiner Meinung nach Potential für neue Wähler und die Motivation, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Bei Fernsehdebatten ist es wichtig, von den ZuschauerInnen als kompetent wahrgenommen zu werden. PolitikerInnen müssen überzeugen, das Publikum mitnehmen und eine gute Ausstrahlung haben. Denn auch wenn die zum Duell antretenden PolitikerInnen - die angehenden KanzlerInnen oder MinisterpräsidentInnen - in Deutschland gar nicht direkt von uns gewählt werden (denn mit unserer Zweitstimme wählen wir ja eine Partei, keine KandidatInnen), hat das Abschneiden der einzelnen KandidatInnen durchaus Einfluss auf das Wahlergebnis der gesamten Partei.

Nach dem Streitgespräch interessiert uns wie bei sportlichen Wettkämpfen, wer das Duell gewonnen hat. Über Tage hinweg berichten die Medien über dieses Ereignis. Warum nehmen PolitikerInnen überhaupt an Fernsehdebatten teil, wenn die Teilnahme auch Risiken birgt? Nirgendwo ist festgeschrieben, dass sie sich TV-Duellen stellen müssen - und trotzdem tun sie es. In der heutigen Zeit verfügen immer weniger WählerInnen über eine lebenslange Parteiidentifikation. Sie entscheiden von Wahl zu Wahl neu und lassen sich durch aktuelle Geschehnisse beeinflussen. Die PolitikerInnen erhalten durch die reichweitenstarke Fernsehdebatte die einmalige Möglichkeit, eine enorm große Gruppe an WählerInnen (2009: 14 Millionen; 2013: 17,6 Millionen ZuschauerInnen)¹ direkt, unter Umgehung sonstiger journalistischer Selektionskriterien, anzusprechen.

Als Publikum erhalten wir die einmalige Chance, die KandidatInnen, deren Partei und die zentralen Standpunkte direkt vergleichen zu können. Die 90 Minuten geben uns

einen komprimierten Gesamtüberblick zur anstehenden Wahl, auch wenn nur die beiden aussichtsreichsten KandidatInnen und nicht alle Parteien am Fernsehduell teilnehmen können. Dennoch bleibt es wichtig, im Vorfeld der Wahl Informationen für eine überlegte Entscheidung zu sammeln und sich nicht nur von der Fernsehdebatte leiten zu lassen.

Carina Wittmann, BDL-Bundesjugendreferentin

Expertin für euch

Carina Wittmann ist Bundesjugendreferentin des BDL und eure Expertin für Beteiligungsmöglichkeiten und -prozesse. Sie hat sich bei ihrer Masterarbeit mit TV-Duellen beschäftigt. Dafür hat sie überprüft, ob ZuschauerInnen eines Fernseh-Duells die PolitikerInnen danach kompetenter einschätzten. Wer mehr darüber wissen will oder anderweitig Unterstützung braucht, erreicht Carina bei der Landjugend RheinhessenPfalz, E-Mail: Carina.Wittmann@bww-rlp.de.



¹ www.quotenmeter.de/n/65869/tv-duell-2013-mehr-zuschauer-als-vor-jahren

Die kleine Landjugendumfrage zum Thema

Christina Rulof:

Ich schaue Fernsehduelle zwar an, sie beeinflussen meine Entscheidung aber nicht. Die treffe ich über eine längere Zeit, indem ich mich über die Parteiprogramme und Ziele der Kandidaten informiere, die bei Fernsehduellen durch persönliche und teils private Schlagabtausche verdrängt werden.

Simon Bohner:

An sich sind Fernsehduelle eine gute Sache, sie beeinflussen mich aber nicht unbedingt. Grundsätzlich orientiere ich mich bei meiner Wahlentscheidung an der politischen Ausrichtung der Parteien, an ihren Erfolgen und Misserfolgen. Die Fernsehduelle sind neben den Wahlkampfauftritten, die häufig weit weg sind, eine gute Möglichkeit, sich einen Eindruck von der Persönlichkeit der Kandidaten zu machen.

Julia Weidtmann:

Ich schaue mir Fernsehduelle eigentlich ganz gerne an, besonders vor wichtigen Wahlen. Man bekommt recht schnell einen guten Überblick über die Parteien und die Politiker und kann sie auch direkt miteinander vergleichen. Auf der anderen Seite versuchen sich die Politiker natürlich von ihrer Schokoladenseite zu präsentieren und haben auch genug Zeit sich vorzuweisen, so dass man nicht immer genau einschätzen kann, wie sie ticken. Bis jetzt hat ein Fernsehduell meine Wahlentscheidung noch nicht direkt beeinflusst, weil ich mir noch nie völlig unvoreingenommen sowas angeschaut habe. Es hat mich eher in meinen Entscheidungen bestärkt und mir nochmal den Kontrast der Parteien vor Augen geführt.

BDL-Wahl-Check-Bingo

34 Forderungen, die das Land voranbringen

Breitband fürs Land: Digitalen Anschlusszug erreichen

Jugend verbindlich an Gestaltung des demografischen Wandels beteiligen!

Ländliche Räume gerecht in Förderprogramme einbeziehen!

Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen unterstützen!

Solidaritätszuschlag für strukturschwache Gebiete = Soli fürs Land

Flächenfraß stoppen!

Gesetzlicher Rahmen für Finanzierung von Agrarmarketing!

Smart Farming fördern!

Konzentration im Lebensmittel-einzelhandel einschränken!

Bundesweit verbindliche JunglandwirtInnen Förderung

Chancengleichheit beim Netz-Zugang

Greening nachhaltig gestalten!

Ortskerne beleben!

Hofabgabeklausel beibehalten!

Bundesreise-kostengesetz reformieren!

Solide Förderpolitik ist gute Jugendpolitik

StaatssekretärIn für Jugend!

Freier Mittwoch-nachmittag fürs Ehrenamt

Freiwilliges Land-wirtschaftliches Jahr einführen!

Generationen-gerechte Sozial-systeme gemeinsam gestalten!

Landjugendarbeit als gemeinnützig anerkennen!

JungwinzerInnen-förderung erhalten!

Erneuerbare Energien ausbauen - Speicherkapazi-täten schaffen!

Gesundheit braucht Versorgung!

Ministerium für ländliche Räume!

Einen Wahl-O-Mat speziell für die Landjugend hat der BDL zwar nicht entwickelt, aber mit dem Wahl-Bingo bekommt ihr im Handumdrehen eure ganz persönliche Wahlempfehlung. Denn jedem der 25 Ankreuzkreise ist eine von insgesamt 34 BDL-Forderungen zur anstehenden Bundestagswahl zugeordnet. Die hat der Jugendverband zusammengetragen, weil wir dringend eine Politik brauchen, die das Land und die jungen Menschen, die dort leben wollen, mit ihren Bedürfnissen ernst nimmt. Wer lebendige ländliche Räume will, in denen sich ihre Bevölkerung engagiert, kommt daran nicht vorbei.

Die Wahlforderungen des BDL bilden quasi die Messlatte für KandidatInnen und Parteien. Wer hat welche im Wahlprogramm und von wem wird sie gelebt? Wenn ihr bei einer Wahldebatte - ob live, im Stream oder Fernsehen - das Bingo vor euch habt, müsst ihr einfach bei der passenden Forderung die jeweilige Partei ankreuzen. Am Ende nur noch auszählen...

Noch einfacher wird es, wenn ihr die Abgeordneten, die ins nächste Parlament wollen, befragt. In abgespeckter Form wurde das BDL-Wahl-Check-Bingo auch als Postkarte gedruckt, die ihr bei euren Landesverbänden erhalten könnt.

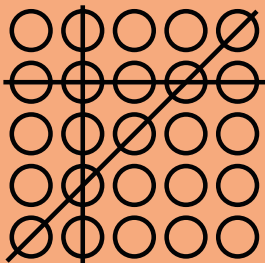
Im BDL-Bundestagswahlpapier „Ich steh' fürs Land“, das online unter www.landjugend.de bzw. <http://wahl.landjugend.info> veröffentlicht ist, gibt's alle Forderungen fürs Land in voller Länge. Dafür hat der Platz im BDLspezial leider nicht mehr gereicht.

So gehts:

Wenn ihr von den KandidatInnen eine der BDL-Forderungen fürs Land hört - einfach die zugehörige Partei ankreuzen:



Wer horizontal, vertikal oder diagonal fünf benachbarte Kästchen angekreuzt hat, steht auf, und ruft Landjugend-Bingo.



Der Einfachheit halber haben wir im Heft nur die derzeit im Bundestag vertretenen Parteien abgebildet.

Neu im Vorstand

Mara Walz aus Baden-Württemberg

Seit Ende April ist Mara Walz Mitglied des BDL-Bundesvorstands. Bei der Bundesmitgliederversammlung in Papenburg entschieden die Delegierten, ihr Führungsgremium bis zu den satzungsgemäßen Vorstandswahlen im nächsten Frühjahr um die Baden-Württembergerin zu erweitern. Hier stellen wir sie kurz vor:



Egal wie lang die Nacht war, Mara ist immer schon da. Beim Joggen oder am Frühstückstisch verbreitet sie eine ansteckende gute Laune, gegen die nicht einmal Morgenmuffel ankommen. Mühelos knüpft sie dabei den Gesprächsfaden, der vor ein paar Stunden abgerissen war, wieder neu. Gäbe es das Reden beim Essen - die Tischkussionen der Landjugend - nicht schon, die Neue im BDL-Bundesvorstand würde sie erfinden.

Leidenschaft ist ihr zweiter Vorname. Leidenschaft für Wein, fürs Land, für Gemeinschaft. Mara Walz ist eine Kämpferin. Aber eine, die - wenn sie hinfällt - gleich wieder aufsteht, sich den Dreck vom Kleid klofft und weitermacht. Und den Sturz auch noch positiv sehen kann, weil sie mit Menschen zusammengekommen ist und etwas Neues gelernt hat. Das mag man beharrlich nennen oder anstrengend, die 26-Jährige bringt es voran.

Denn die Jungwinzerin aus Vaihingen/Enz ist keine Freundin von Umwegen. Sie bewegt sich mit klarem Blick durch die Welt, die sie schon in der Schule ein Stück besser machen wollte. Also geht sie auf Zweifler genauso zielstrebig zu wie auf Problemfinder: immer auf der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Es versteht sich von selbst, dass dafür eine gehörige Portion Selbstbewusstsein unerlässlich ist. Auf die ist Mara auch als Weinhoheit angewiesen. Sie hat nämlich nicht nur Weinbau und Oenologie studiert - jetzt arbeitet sie auf dem elterlichen Weingut - sie war auch Württemberger Weinkönigin. Im September hat sie die Pflichten einer Deutschen Weinprinzessin übernommen und Ende April das Vorstandsamt im BDL, zu dem u.a. die Leitung des Arbeitskreises „Deutsche JungwinzerInnen“ gehört. Ohne ihren Sinn für Ordnung und Struktur wäre das nicht unter einen Hut zu bekommen. So aber engagiert sie sich auch für das Württemberger Jungwinzerprojekt Wein.Im.Puls und schafft es trotz des ehrenamtlichen Engagements sogar noch, Freunde zu treffen und mit ihnen andere Weingüter, Weinfeste oder Besenwirtschaften zu besuchen. Wenn sie sich in 20 Jahren sieht, dann in jedem Fall auf dem Familienweingut in Ensingen, das dann auch ihre Handschrift trägt, und natürlich ist sie dann immer noch ehrenamtlich aktiv. Schaut sie in eine Zukunft, in der die lebenslustige junge Frau selbst Enkel hat, dann steht für sie fest: „Drei Dinge werden sie mir bestimmt nicht vorwerfen können, dass ich wichtige Trends im Weinbau verschlafen, mich nicht intensiv genug fürs Land eingesetzt und zu wenig Zeit mit meiner Familie verbracht habe.“

Politik auf Augenhöhe

Die Landjugendumfrage

Politikverdrossenheit, Politikferne und Politikversagen - geschimpft wird viel auf „die“ Politik. Wo fängt für euch Politik an? Was ist das Problem? Und was würdest du ändern, um unser Land demokratischer zu machen?? Das wollten wir für diese Landjugendumfrage wissen. So unterschiedlich die Antworten der jungen Erwachsenen auch sind, in allen steckt ein klares Bekenntnis fürs Land. Es reicht ihnen nicht zu wissen, wie Demokratie funktioniert, sie stehen auch für sie ein. Gerade in Zeiten, in denen sich das Misstrauen in politische Debatten frisst, wird einem bewusster als sonst, dass Demokratie eben nicht vom Himmel fällt, sondern gelebt werden muss. Von uns.

Politik spannender machen

Für mich fängt Politik schon bei der kleinsten demokratischen Wahl an - zum Beispiel bei der Wahl eines neuen Vorstandes in meiner Landjugendgruppe. In gewisser Weise, war es schon damals in der Schule für mich Politik wenn wir einen neuen Klassensprecher

gewählt haben. :) Man muss sich auch nicht unbedingt politisch in einer Partei engagieren oder auf Demonstrationen gehen, um politisch aktiv zu sein. Es reicht meiner Meinung nach schon, wenn man die aktuellen Probleme und Geschehnisse in der Welt und in Deutschland mitverfolgt und seine Meinung - nicht nur bei einer Wahl - vertritt.

Problematisch ist, dass einfach viel zu viele Versprechungen gemacht werden, auf die wenige Ergebnisse folgen. Wir haben teilweise Personen an der Spitze, die sich im Laufe der Jahre weit von der Realität entfernt haben und sich nicht mehr in die Menschen hineinversetzen können. So verschwindet auch mal das Vertrauen mancher BürgerInnen.

Ein anderes großes Problem ist, dass viele gar nicht mehr wählen gehen. Das liegt vielleicht daran, dass sie denken, dass sie eh nichts verändern können oder es sie einfach zu viel Mühe oder Zeit kostet, sich mit den unzähligen Parteien und deren Wunschvorstellungen auseinanderzusetzen. Manchmal kann Politik schon echt „abgehoben“ sein, so dass man kaum die Hälfte versteht.

Was ich auch immer wieder mitkriege - zum Teil auch in der Landjugend - ist ein ziemliches Desinteresse. Bei politischen Diskussionen im Landtag oder mit JungpolitikerInnen sind es doch immer wieder die gleichen, die mitreden. Obwohl wir auch landwirtschaftliche Themen ansprechen, die ja doch recht viele von uns was angehen, kenne ich leider zu viele JunglandwirtInnen, die zwar später mal den Hof übernehmen wollen, sich aber einfach zu wenig für Politik interessieren. Wobei genau dann auch über deren Zukunft geredet wird.

An sich finde ich unser demokratisches System in Deutschland schon recht gut und würde daran direkt nichts verändern. Ich würde eher versuchen, was an den Vorstellungen und Ansichten der Bürger und Politiker zu ändern. Ich würde in den Schulen mehr über Politik reden und auch schon früher damit anfangen. Auch Kinder in der Grundschule sind fit genug, um sich mit den ersten politischen Themen auseinanderzusetzen. Ich hatte damals in der Schule in zwei Klassen - in der siebten und der zwölften - intensiv das Thema Politik und ich finde das im Nachhinein zu wenig.

Auf der anderen Seite lässt sich politisches Interesse nicht aufzwingen. Wenn manche Menschen einfach nicht wählen gehen wollen, dann müssen die PolitikerInnen und die Parteien ihr Programm einfach mal überdenken und es spannender machen. Manchmal ist Politik ziemlich trocken.

Die 21-Jährige studiert Agrarwissenschaften. Sie ist im Vorstandsteam der Rheinischen Landjugend Arbeitskreisleiterin für Freizeit und in der Ortsgruppe Hubbelrath aktiv.



Julia Weidmann



Die Menschen machen lassen

Politik fängt da an, wo Menschen sich engagieren, um im Kleinen wie im Großen etwas zu bewegen. Sie beginnt dort, wo Menschen ihre eigene oder die Situation anderer verbessern wollen. Das kann in Verbänden wie der Landjugend, in Initiativen oder Parteien sein. Das Problem der Politikverdrossenheit entsteht häufig dadurch, dass sich Politik und Verwaltung an vielen Stellen viel zu sehr einmischen und viel zu viel regeln wollen. Dadurch fühlen sich Menschen, die aktiv werden wollen, gegängelt und werden demotiviert, sich einzubringen. Viele Probleme ließen sich vor Ort deutlich besser regeln als durch zentrale Regelungen, die allzu oft dem politischen Kuhhandel unterworfen sind. Zu enge Vorgaben, wie Maßnahmen umzusetzen sind, und teils völlig überzogene Strafen bei kleinen Abweichungen führen oft zu Akzeptanzproblemen bei Förderangeboten. Mein Lieblingsbeispiel dafür ist der Blühstreifen aus den Agrarumweltmaßnahmen, der einen halben Meter zu breit war. Dem Landwirt wurden drei oder fünf Prozent seiner Betriebsprämie abgezogen, weil der zu breite Blühstreifen keinerlei Umweltnutzen mehr bringt. ;-) Wäre der Streifen einen halben Meter schmaler als vorgegeben gewesen, wäre die Strafe deutlich milder gewesen. WARUM???

Entsprechende Beispiele lassen sich vermutlich für die meisten anderen Politikbereiche finden, sodass quasi jeder Bürger bereits mit Bürokratie-Nonsens in Kontakt gekommen ist. Um in solchen Fällen nicht die Motivation zu verlieren, sich für unsere Gesellschaft einzubringen, braucht es ein dickes Fell und eine große Portion Galgenhumor. Das ist leider nicht jedem gegeben. Auf der anderen Seite nimmt die Politik die Lebensrealität sehr vieler Menschen nicht wahr, weil sie nicht in die öffentlich geprägte Meinung passt. Das fängt beim Naturverständnis und der Tierliebe (fast) aller Landwirte an und hört bei Problemen älterer Langzeitarbeitsloser bei der Jobsuche noch lange nicht auf. Wenn man Landwirte fragt, was sie an ihrer Berufung lieben, werden die meisten die Arbeit in der Natur und mit den Tieren nennen. Ob sie die Bewältigung von Papierbergen lieben, ist eine andere Frage. Das fehlende Verständnis für die Lebensrealität der Menschen führt zu politischen Entscheidungen, die den Menschen nicht nützen, sondern sie behindern oder einschränken, ohne dass sie verstehen warum. Wenn Menschen sich unnötig gegängelt fühlen, bieten sich ihnen zwei Möglichkeiten: Die erste ist, sich politisch dagegen zu engagieren, um dafür zu kämpfen, die Gängelung zu verringern. Die

zweite Möglichkeit besteht darin, sich resigniert zurückzuziehen. Diese Möglichkeit bleibt auch während eines wenig erfolgreichen Engagements immer offen. Bei der üblichen Dauer der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ist die Gefahr zwischendurch zu resignieren ziemlich groß. :-)

Um die Menschen politisch einzubinden, müssen sie da abgeholt werden, wo sie gerade stehen. Die Politik sollte sich mehr darin üben, die Menschen so anzunehmen, wie sie sind, und mit ihnen auf Augenhöhe sprechen. Dabei sollten sie verständlich und ehrlich bleiben. Offenkundige Probleme und Missstände müssen offen angesprochen und ernsthaft angepackt werden. Allzu oft werden Missstände erst kleingeredet und in letzter Minute halbherzig angepackt. Die Bürger merken aber sehr wohl, wenn sie verschaukelt werden.

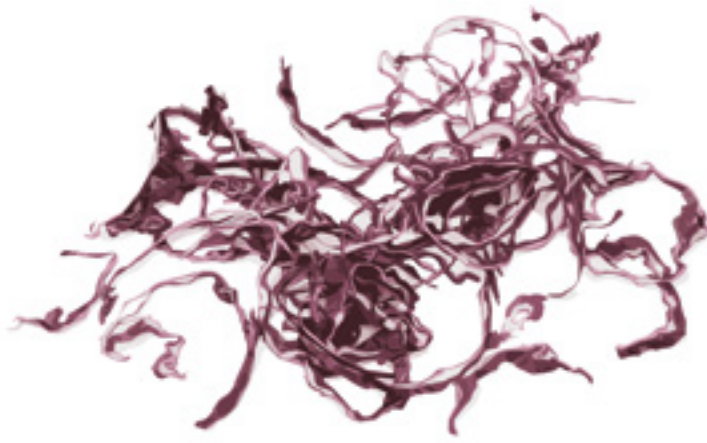
Wer Politikvertrauen und politisches Engagement auch über die Sonntagsrede hinaus fördern will, muss die Menschen erst einmal machen lassen. Wenn Hilfe nötig ist, wird man das schon merken. Im Allgemeinen wissen die Leute selbst, was sie wollen und was nicht, was bei ihnen vor Ort geht und was nicht. Politik muss nicht alles haarfein bis ins Detail regeln. Damit verhindert sie nur kreative und regionale Lösungen. Sie sollte flexible aber zuverlässige Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich die Menschen bewegen können, ohne sich eingeeengt zu fühlen. Das bedeutet, dass eine heutige Entscheidung auch in zehn Jahren noch Bestand hat. Engagierten Menschen hilft Planungssicherheit mit bescheidenen Mitteln mehr als ständig leere Versprechungen.

In politischen Parteien geht es viel zu oft um Personen, Posten und persönliche Eitelkeiten. Sachfragen und Bürgersorgen fallen allzu oft hinten runter.

Neben der Masterarbeit, die der Agrarstudent gerade an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg schreibt, bereitet er seinen Einstieg in den elterlichen Landwirtschaftsbetrieb vor. Der 24-Jährige ist Mitglied in der Landjugend Nordharz, ehrenamtlicher Geschäftsführer im Landjugendbezirk Hildesheim und 2. Vorsitzender des Landjugendverbandes Sachsen-Anhalt.



Johannes Wüstemann



Ohne große Hürden mitgestalten

Politik ist für mich alles das, womit man mehr oder weniger bewusst Einfluss auf das öffentliche Leben nimmt.

Dabei ist es wichtig, dass jeder ohne allzu große Hürden die Politik, die ihn betrifft, mitgestalten kann. Politikverdrossenheit fängt nämlich genau da an, wo man das Gefühl hat, dass man sowieso nichts ändern kann. Deshalb ist es wichtig, dass jeder lernt, wie Politik funktioniert, dass Argumente ausgetauscht werden müssen, um Kompromisse zu schließen, für die sich eine Mehrheit findet.

Am besten lernt man das schon früh - zum Beispiel bei uns in der Jugendverbandsarbeit.

Politikferne wird auch dadurch sichtbar, dass Dinge von der Politik gefordert werden, die mit geltendem Recht nicht zu vereinbaren sind. Dabei liegt das Problem nicht nur auf der Seite der Politiker oder auf der Seite derer, die Protest- oder Nicht-WählerInnen sind. Das Problem liegt vielmehr an einer schlechten Diskussionskultur. Oft wird man trotz einer richtigen Aussage von seinem Gegenüber einfach als „Gutmensch“ oder aber als „Braunes-Pack“ abgestempelt. Viele Probleme ließen sich vermeiden, wenn man mehr miteinander sprechen würde. Möglicherweise könnten so auch wieder mehr Menschen von Politik begeistert werden.

Der angehende Bauingenieur ist stellvertretender Landesvorsitzender der Bayerischen Jungbauernschaft und Bezirksvorsitzender in Oberbayern. Der 24-Jährige arbeitet neben dem Studium in einem Ingenieurbüro und zu Hause auf dem Milchviehbetrieb seiner Eltern.



Lorenz Kaspar

Engagement muss wirken

Politik ist für mich erstmal alles das, worüber wir tagtäglich in der Zeitung lesen können und was in den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender läuft. Es sind die aktuellen Geschehnisse auf nationaler und internationaler Ebene: Verträge, Koalitionen, Kooperationen, Finanzen und weitere Absprachen des wirtschaftlichen Sektors, die alle zusammen dafür sorgen sollen, dass das Leben der Menschen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt irgendwie möglichst friedlich geregelt wird. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass Politik schon in viel kleineren Strukturen anfängt, auf kommunaler Ebene, in Verbänden, in Schulen... Ja, in jedem Klassenzimmer wird Politik geübt, sei es bei der Wahl zum Klassensprecher oder sonstigen Fragen, die die Klassengemeinschaft ordnen sollen.

Dass die Politik der kleinen Strukturen nur bedingt an die große Politik dringen kann, dass Kinder oft von der Politik nicht ernst genommen werden - jedenfalls nicht so, wie sie könnten - führt meiner Meinung nach dazu, dass unter vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Abneigung gegenüber der Politik herrscht und der

Gang zur Wahlurne Überwindung kostet. Die gleiche Politikverdrossenheit scheint unter einer großen Schicht der Erwachsenen vorzuherrschen. Das Gefühl, dass sich eben doch nichts ändert, erstickt manches Engagement direkt im Keim. Damit die Demokratie wieder vorankommt, braucht es Vorbilder und vorbildliche Strukturen, von denen wir lernen können - Kinder von ihren Eltern, junge Erwachsene von (jungen) politisch engagierten Menschen. Auf diese Weise könnte die Beteiligung an politischen Strukturen im Kleinen und im Großen wieder selbstverständlicher werden.

Die 30-Jährige ist Beisitzerin im Landesvorstand der Westfälisch-Lippischen Landjugend und Lehrerin an einer Realschule.



Franziska Trepte

Die Politik von heute schafft die Welt von morgen

Politik ist für mich kein einfaches Thema. Sie hat so viele Facetten, dass man kaum alles, was zu ihr gehört, kennen und verstehen kann. Häufig fühlen wir uns von den unzähligen Gesetzen, Vorschriften und Beschlüssen der Politik etwas erschlagen und können kaum glauben, dass alle sinnvoll und notwendig sind. Tatsächlich aber sorgen sie dafür, dass unser Leben und Alltag sicher und komfortabel sind. Wir nutzen zum Beispiel täglich die Straßen für den Weg zur Arbeit. Sollte es zu einem Unfall kommen, werden wir medizinisch versorgt. Auch Bildung ist ein Grundrecht. Und sollte es im Arbeitsleben mal zu unerwarteten Ausfällen kommen, sind wir abgesichert. Diese und viele weitere Privilegien haben wir einer funktionierenden Politik zu verdanken.

Wo die Politik anfängt und wo sie aufhört, lässt sich kaum klar in Worte fassen. Politik ist eigentlich überall. Fast jeder Gegenstand, den wir besitzen, hat irgendwie mit Politik zu tun - egal ob aus dem Ausland importiert oder in Deutschland hergestellt. Geht er in der Gewährleistungsfrist kaputt, haben wir ein Recht auf Ersatz. Ich halte es für wichtig, dass wir alle uns hin und wieder Gedanken machen, was das für uns bedeutet! Vor allem aber sollten wir „die Politik“ nicht als etwas betrachten, das uns nichts angeht. Die Politik von heute schafft die Welt von morgen, in der wir alle leben. Ja, vieles auf der Welt befindet sich im Umbruch. Das ständige Auf und Ab der Wirtschaft, der Blick nach Amerika, Nordkorea oder in die Türkei stimmt besorgt und

Millionen Menschen flüchten aus ihrer Heimat. Schnell sind die PolitikerInnen als Verantwortliche ausgemacht. Doch ist das richtig?

Leider gibt es Probleme, die sich nicht einfach lösen lassen. Auch PolitikerInnen müssen Kompromisse akzeptieren, die sie sich so selbst nicht gewünscht haben. Das sollten wir (an)erkennen und die Politik als Ganzes nicht mit Verachtung strafen. Bei politischen Fehlentscheidungen sieht es anders aus. Da sehe ich es sogar als unsere Pflicht an, unsere Meinung nach außen zu tragen. Seit langem bewundere ich eins unserer Nachbarländer - die Schweiz - für ihren unkomplizierten Umgang mit Volksentscheiden zum Zwecke der Demokratie. Beim Blick in das Vereinigte Königreich musste ich jedoch feststellen, dass das funktionieren kann, aber nicht muss! Hier hat eine Minderheit die Zukunft des Landes grundlegend beeinflusst, obwohl meiner Meinung nach viele von ihnen nicht in der Lage waren, die Folgen vollständig einzuschätzen.

Das macht auf jeden Fall eins klar: Wer möchte, dass seine Interessen vertreten werden, muss zur Wahl gehen! Hinterher unzufrieden sein und meckern, kann nichts rückgängig machen!

Ein guter Ansatz, um Politik und Gesetze praktikabel zu gestalten, könnte sein, die Politik auf der niedrigsten möglichen Ebene zu gestalten. Wir neigen dazu, alles bis auf die Europäische Ebene zu hieven, um dort einen Entschluss zu treffen, und diesen dann runter bis auf die Landesebene umzusetzen. Das ist nicht immer sinnvoll.

Der 20-Jährige ist Elektroniker für Automatisierungstechnik und will ab Herbst studieren. Der Tettlinger ist im Landesvorstand des Bundes der Landjugend Württemberg-Hohenzollern e.V. aktiv.

Ein großes Privileg

Politik ist für mich das Recht aller Bürgerinnen und Bürger, ihr Leben selbst zu bestimmen. Sie fängt bei den alltäglichsten Dingen an und beeinflusst unsere ganze Lebensgestaltung. Kritik an der Politik basiert oft auf emotionalen Argumenten und kommt häufig von Menschen, die unzufrieden mit ihrer eigenen Lebenssituation sind und sich zugleich wenig mit den Hintergründen von politischen Entscheidungen befassen.

Bei all den politisch ausgelösten Krisen die es momentan auf der Welt gibt, vergessen wir häufig, wie glücklich wir uns schätzen können, in einer funktionierenden Demokratie zu leben. Morgens aus dem Haus zu gehen, ohne Angst zu haben, seine Meinung frei mitteilen und persönliche Neigungen ausleben zu können, ist ein großes Privileg.

Mehr Demokratie wagen, sagt sich so leicht.

Konkret geht das nur, wenn Politik für jeden zugänglich gemacht wird. Damit könnte sich auch die Wahlbeteiligung verbessern.

Die Agrarstudentin ist stellv. Vorsitzende der Landjugend Saar. Neben dem Studium arbeitet die 21-Jährige auf dem landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Eltern, den sie übernehmen möchte



Simon Bohner



Christina Rulof



WAHLWEISE: Die JugendPolitikTage

*„Hass ist keine Meinung!“ &
„Demokratie beginnt mit Reden“*

Die JugendPolitikTage fanden Anfang Mai in Berlin statt. Sie waren ein Projekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und wurden gemeinsam mit der Jugendpresse Deutschland e.V. organisiert. Über 400 Jugendliche aus ganz Deutschland haben dabei mit jugendpolitischen ExpertInnen über den 15. Kinder- und Jugendbericht diskutiert - bei spannenden Foren, in intensiven Kleingruppen-Debatten. Die Positionen und Forderungen stellten die TeilnehmerInnen bei der Abschlussveranstaltung vor und diskutierten sie mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks. Der BDL wurde von Lukas Stede, Hessische Landjugend, Tina Stünzendorfer, Bayerische Jungbauernschaft, und jungen Aktiven des Landjugendverbandes Mecklenburg-Vorpommern vertreten.

„Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die JugendPolitikTage. Sie sprach Themen wie das bundesweite Wahlrecht ab 16 und weitere Jugendpartizipationsmöglichkeiten an“, berichtet Tina. „Doch bei vielen Themen, wie beispielsweise dem verpflichtenden Jugend-Check, hat sich in dieser Legislaturperiode nur sehr wenig getan“, kritisiert Lukas.

Weiter ging es in 18 verschiedenen Arbeitsgruppen. „Unsere beschäftigte sich mit Fake-News und Hass im Netz wie in der realen Gesellschaft“, berichten die Landjugendlichen. Nach kurzem Input ging es in dieser Arbeitsgruppe an den darauffolgenden Tagen viel um die Problematik von nur schwer überprüfbaren Quellen, Filterblasen, gezielter Hetze und vorschnellen Meldungen. Die Diskussion gipfelte z.B. in der gemeinsamen Forde-

rung nach einer früheren Thematisierung von Demokratie, Populismus und Extremismus sowie einem stärkeren Fokus auf Medienkompetenz im Schulunterricht. Die Jugendlichen forderten auch die härtere Verfolgung und Bestrafung von Hassbotschaften im Internet.

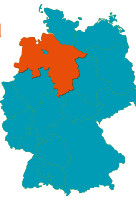
„Hass ist keine Meinung!“ stellt Lukas Stede entschieden fest. „Löschen allein löst allerdings keine Probleme. Unternehmen, Politik und Polizei sind gefordert, auf Rassismus, Diskriminierungen und andere Formen von Menschenfeindlichkeit zu reagieren und diese aktiv strafrechtlich zu verfolgen. Auch die Zivilgesellschaft ist aufgefordert, Courage zu zeigen und Stellung zu beziehen“, so der junge Hesse.

Wichtige Impulse gaben auch verschiedene Foren wie z.B. „Politische Bildung“, „Jugendbeteiligung“ oder „Freiräume für Jugendliche“. Eins davon - „Demokratie beginnt mit Reden“ - hatte der BDL gemeinsam mit der Deutschen Sportjugend organisiert. Es zeigte moderne Formen von Rechtsextremismus in der Gesellschaft und den Umgang mit eben diesen auf. „Unsere, von Prof. Titus Simon erläuterte Studie hat die Jugendlichen zum Nachdenken bewegt und sie für die modernen Erscheinungsformen von rechtsextremistischen Botschaften sensibilisiert“, sagte der BDL-Bundesvorsitzende Sebastian Schaller dort.

Lukas Stede, Hessische Landjugend



Lukas Stede



Wählen ab 16 auf Landesebene

NLJ sagt: Vertrauen statt Misstrauen

Gemeinsam mit anderen Jugendverbänden ihres Bundeslandes setzt sich die Niedersächsische Landjugend (NLJ) e.V. im Bündnis „Wählen ab 16“ für die Herabsetzung des Wahlalters auf Landesebene ein. 1996 war Niedersachsen das erste Bundesland, das auf kommunaler Ebene die Beteiligung Jugendlicher an der Wahlurne ermöglichte. Nun wollen wir auch bei uns erreichen, was in vier Bundesländern bereits möglich gemacht wurde: Das aktive Wahlrecht ab 16 auch auf Landesebene.

Warum engagieren wir uns? Im Alter von 16 Jahren übernehmen Jugendliche in vielen Bereichen ihres Lebens bereits große Verantwortung. Sie entscheiden über ihre Ausbildung und ihren beruflichen Weg und entrichten teilweise Steuern und soziale Abgaben. Gerade in dem für Jugendliche wichtigen Bereich Bildung gibt es keine frühzeitige Beteiligungsmöglichkeit. Und auch bei anderen Themen werden weitreichende Entscheidungen getroffen, auf die die junge Stimme keinen Einfluss hat,



sondern lediglich hinnehmen kann, wie und was für ihr späteres Leben entschieden wird. Ein Wahlrecht ab 16 stärkt politisches Interesse und ermöglicht einer mündigen Bevölkerungsgruppe, sich zu repräsentieren.

Um der Politik in Niedersachsen zu zeigen, wie wichtig es ist, Jugendliche mit einzubeziehen, und in Anbetracht der baldigen Landtagswahl im Januar 2018 müssen und wollen wir immer wieder auf das Thema aufmerksam machen. Die Mitglieder der Ortsgruppen beteiligen sich aktiv an diesem Prozess, indem sie für sich ganz individuelle Gründe sammeln, warum sie auch mit 16 schon ihre Stimme bei Landtagswahlen abgeben möchten. Hierzu vervollständigen sie den Satz „Ich bin für Wählen ab 16, weil...“ und senden uns ihr Statement mit einem Foto, das wir dann in Form eines Polaroid-Bildes veröffentlichen.

Vanessa Reinhardt, NLJ

Wählen gehen – Immer die bessere Wa(h)!

Weil das für sie Tatsache ist, hat sich der Arbeitskreis Politik der Niedersächsischen Landjugend e.V. bei seinen Thementagen etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Unter dem Motto „Ohne Wa(h)lbeteiligung ist alles doof“ haben die Lajus eine Postkarte zum Thema gestaltet, mit der sie dazu aufrufen, am 24. September seine Stimme bei der Bundestagswahl abzugeben. In einem kreativen Prozess haben sie zahlreiche Punkte erarbeitet, die beschreiben, was ohne Wa(h)lbeteiligung alles ziemlich „doof“ wäre. Außerdem ist die Postkarte bereits mit einem Text versehen, so dass man sie nur noch adressieren und abschicken muss, um andere zum Wählen gehen zu motivieren.



Wahlkampf oder Wahlkrampf!?

Wochenend-Kurs der Bayerischen Jungbauernschaft

Landjugend hat Spaß und bildet sich weiter. So auch die Bayerische Jungbauernschaft. Ihr Arbeitskreis Jugend- und Gesellschaftspolitik (AK I) hatte im April ein Seminarwochenende organisiert. Unter dem Motto „Wahlkampf oder Wahlkrampf!?“ nahm er recht verschiedene Aspekte der 2017er Wahlen in den Fokus: Begriffe rund um den Populismus wurden geklärt, Diskussionen in Sachen Wahlkampf angeregt und vor allem die Forderungen der Landjugend diskutiert. – Dabei hatte das Vorbereitungsteam stets die praktische Schere im Hinterkopf. Die Erfahrungen und das Wissen von dem Wochenend-Kurs sollten wie ein Deckel zum Topf in den Alltag der Landjugendarbeit passen, Elemente des Seminars auf andere Landjugendveranstaltungen übertragen und so multipliziert werden können.

Ein verlockendes Angebot für mehr als 20 ehrenamtlich Aktive. Vor traumhafter Bergkulisse wurde deshalb im Tagungshaus Grainau nicht nur diskutiert, sondern auch erarbeitet, wie konkrete Forderungen wirkungsvoll präsentiert werden können. Besonders die Gesprächsrunde mit Grainaus erstem Bürgermeister Stephan Märkl bestärkte die TeilnehmerInnen darin, sich als Führungskräfte des Verbandes an Diskussionen

zu beteiligen und zielorientiert für die Zukunft der jungen Generation auf dem Land einzusetzen. Angefacht wurde die Diskussion mit dem Bürgermeister durch die am Wochenende in Kleingruppenarbeit entstandenen Foto- und Videoaufnahmen zu verschiedenen Landjugendforderungen - von B wie Belebung der Ortskerne über Breitband in allen ländlichen Regionen in Deutschland und Einstehen für Europa bis V wie Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum.

Einen Perspektivwechsel erfuhr die Landjugend mit Prof. Dr. Günther Schmid. Der Experte war jahrelang für internationale Sicherheitspolitik und globale Fragen im Bundeskanzleramt verantwortlich und hat eine Professur für Internationale Politik und Sicherheit inne. Er ging auf das Thema „Populistische Strömungen als politische und gesellschaftliche Herausforderung - Der Vormarsch autoritärer und rechtspopulistischer Staaten und Parteien in Europa und darüber hinaus“ ein und zeigte den jungen Erwachsenen beeindruckende Zusammenhänge auf. Das war Zündstoff, der auch die Nachmittagsdebatte zu den letzten Wahlen und aktuellen Entwicklungen befeuerte.

Beate Brunner & Martina Edenhofer, BJB





Politischer Durchblick von und für uns

BBL fragt nach und will konkrete Antworten!

Ein 120-seitiges Parteiprogramm lesen, Diskussionen im Fernsehen schauen? Bei der Landjugend gibt es ganz andere Möglichkeiten, sich politischen Durchblick zu verschaffen. Wie unsere Erfahrungen aus vergangenen Wahljahren zeigen, kann das bei einem Kandidatencheck mit dem Spiel „Ich steh' fürs Land“, einer Tischkussion mit Speckschneidewettbewerb oder auch eine Stallbegehung sein.

Darum ist der Bund Badischer Landjugend (BBL) in diesem Jahr mit verschiedenen politischen Aktionen von und für Landjugendliche dabei. Beim gemeinsamen Ährenzupfen für die Erntekrone wollen Ehrenamtliche den Kandidaten zeigen, was die Landjugend macht, wie sie lebt, was Jugendlichen auf dem Land wichtig ist und dass der Entwicklung der ländlichen Räume mehr Aufmerksamkeit zusteht, als sie derzeit bekommt.

Mit der Aktion #lajufrägt geht der BBL gezielt auf die PolitikerInnen zu, fragt nach - und fordert konkrete Antworten! Und das geht so: Landjugendliche überlegen sich in ihren Gruppen Fragen, die sie schon immer mal von den Parteien beantwortet haben wollten. Die schicken wir den Parteien zu. Die beliebtesten Fragen aber werden von unseren regionalen BundestagskandidatInnen mit einem kurzen Video beantwortet. Und das veröffentlichen wir dann auf der BBL-Facebook-Seite www.facebook.com/laju.suedbaden und YouTube.

Statt stumme Wahlplakate mit zusammenhangslosen Aussagen oder unpersönliche Floskeln verlangen Landjugendliche klare Antworten auf ihre Fragen. Weil alle KandidatInnen auf dieselben Fragen antworten, gibt es auf diese einfache Weise einen guten Überblick über die Parteimeinungen. Dass für die Veröffentlichung soziale Netzwerke genutzt werden, ist kein Zufall: Die Jugendlichen wollen dort für politische Beteiligung

werben, wo sie täglich aktiv sind. Aber Facebook und Co. können keinen gemeinsamen Gruppenabend ersetzen. Dafür hat das Team Politik speziell für die Bundestagswahl ein politisches Ratespiel vorbereitet, das bis September in jedem Wahlkreis Station machen wird.

Für viele Landjugendliche ist es die erste Bundestagswahl, bei der auch sie zur Urne gehen können. Um sie zu motivieren,

gibt es auf Facebook noch eine weitere Aktion der BBL - die Demokratie-Kampagne. Mitglieder und Gruppen haben auf der BBL-Seite die Möglichkeit zu posten, was für sie Demokratie bedeutet. Um es mit Chiara Hauser aus dem BBL-Vorstand zu sagen: „Demokratie bedeutet Zukunft gestalten!“ Der BBL will möglichst viele seiner Mitglieder motivieren, am 24. September die Zukunft mitzugestalten und sich gemeinsam mit Landjugendlichen aus ganz Deutschland für die Jugend auf dem Land einzusetzen!

Simone Rapp, BBL



Abkupfern erwünscht

Keine Eintagsfliegen - die Ernst-Engelbrecht-Greve-Preisträger 2017

„Landjugend bewegt das Land! Das ist kein leerer Slogan, sondern wird von uns landauf, landab gelebt. Das beweisen die vielen 1a-Bewerbungen für den Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis 2017“, berichtet der BDL-Bundesvorsitzende Sebastian Schaller voller Stolz. Gemeinsam mit der R+V Versicherung vergab sein Jugendverband die mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Auszeichnung. Beeindruckt von Fülle und Vielfalt, Qualität und Einfallsreichtum der eingereichten Bewerbungen war der Jury die Entscheidung nicht leicht gefallen. „Viele hätten den Preis verdient“, so Harald Krummenauer von der den Preis stiftenden R+V Versicherung.

Die Jury hat sich schließlich für drei Siegerprojekte und zwei Integrationsaktionen entschieden:

Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis:

3000 Euro für *agriKULTUR*

So viel Praxis- und Verbrauchernähe ist selten. *agriKULTUR* ist ein YouTube Kanal, auf dem JunglandwirtInnen ein realistisches Bild „ihres“ landwirtschaftlichen Alltags zeichnen. Mit ihren Videoclips über die Arbeit im Stall, auf dem Acker oder Weinberg versachlichen sie die gesellschaftliche Debatte über die moderne Landwirtschaft, ohne langweilig zu werden. Ganz im Gegenteil: Kurzweilig und verständlich,

spannend geschnitten und authentisch vermitteln sie Laien Wissen und Leidenschaft für die Landwirtschaft. Charmant und frisch verbinden sie darin Tradition und Moderne, Land und Technik. Und sie wollen weiter machen, weitere Tätigkeiten verständlich machen, die Vielfalt der Landwirtschaft zeigen. Die Jury urteilt: Mehr davon!

Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis:

2000 Euro für *Comeback Elbe-Elster*

Der praktische Ansatz überzeugt. Da haben sich junge Menschen zusammengeschlossen, um mit Leidenschaft und guten Ideen den demografischen Wandel in ihrem Landkreis zu gestalten. Die Initiative *Comeback Elbe-Elster* macht ihrem Namen alle Ehre. Sie baut Brücken zu Rückkehrwilligen und ebnet ihnen den Weg. Im vorigen Sommer hat die Gruppe ein leerstehendes Geschäftshaus in Finsterwalde als Pop-up-Store genutzt - als Willkommensagentur, Heimatladen und Arbeitszimmer. Sie öffnet Neuankömmlingen, aber auch Alteingesessenen die Augen für die Chancen ihrer Region - mit reichem Erfahrungsschatz, regionalem Wissen und belastbarem Netzwerk lokaler Akteure. Die Jury sagt: Ein innovatives Konzept, das sich zur Nachahmung empfiehlt.

Fotos v. li.: Landjugend Gnodtstadt, Comeback Elbe-Elster, Westfälisch-Lippische Landjugend, BDL/Gräschke



Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis:

2000 Euro für Land(er)leben

Besser lässt sich das Interesse an den Grünen Berufen außerhalb der Branche kaum wecken. Das Projekt der Westfälisch-Lippischen Landjugend erlaubt es jungen Menschen, in Ferien oder Urlaub das Leben und Arbeiten auf dem Bauernhof live kennenzulernen. Es greift damit einen Trend auf und bietet aktiven Individualurlaub. Land(er)leben garantiert jungen Menschen eine unvergleichliche Zeit jenseits des Alltagstrotts. Zugleich gewinnt die Landwirtschaft. Denn sie kann mit dem Blick hinter die „Kulissen“ schon heute für die Zukunft von morgen begeistern und sorgt für Wertschätzung der Branche. Ein Projekt, das Durchhaltevermögen braucht, aber langfristig wirkt, lobt die Jury.

Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis „Integration!“:

1500 Euro für die T2-Stunden-Aktion

Eigentlich sind 72 Stunden andauernde und Werte schaffende Aktionen bei der Landjugend nichts Besonderes. Nicht so, wenn die Landjugend Gnodstadt mit Flüchtlingen und Asylbewerbern drei Tage lang gemeinsam fürs Land aktiv wird. Und das im Juni 2015. Allen Vorurteilen und Sprachproblemen zum Trotz sorgte die Landjugend dafür, dass neue und alte Dorfbewohner gemeinsam eine Sitzgruppe behindertengerecht umbauten und den Gehweg erneuerten. Was beim Smalltalk bei der Arbeit mit Händen und Füßen begann, ist heute Alltag. Geflüchtete spielen für das örtliche Fußballteam, sind beim wöchentlichen Stammtisch und gehören zu Gnodstadt wie die Landjugend. Das Urteil der Jury: Ein zeitiges Musterbeispiel für nachhaltige Integration vor der eigenen Haustür.

Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis „Integration!“:

1500 Euro für „Gemeinsam Neues säen“

Der Name ist Programm. Der Aktionstag in Pullach, bei dem junge Deutsche und Geflüchtete zusammen pflanzten und kochten, arbeiteten und aßen, hat die Weichen für die gemeinsame Zukunft und ein Miteinander, das diesen Namen verdient, gestellt. Das Besondere: Bayerische Jungbauernschaft und Junggärtner zeigten dabei ganz praktisch, welche Berufschancen die grüne Branche bietet. Denn sie hatten die Ansprechpartner vor Ort, konnten Fragen beantworten, Kontakte herstellen... So entstanden nicht nur Hochbeete voller Gemüse und Kräuter, sondern auch Gemeinschaft und persönlicher Austausch, ein Grundwissen über mögliche Ausbildungsberufe und Interesse aneinander. Weitersagen empfiehlt die Jury und lobt den starken Bezug zur beruflichen Bildung bei der Integrationsarbeit.

Bereits zum achten Mal würdigten BDL und R+V mit dem nach dem langjährigen BDL-Vorsitzenden und schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister Ernst Engelbrecht-Greve benannten Preis die Arbeit junger Menschen in den ländlichen Räumen. „Doch dieser Preis soll nicht nur Ehrung sein, sondern auch Leuchtturm für die Zukunft. Denn wir wollen Anreiz geben, selbst die Initiative zu ergreifen“, so Harald Krummenauer von der R+V. „Nachmachen ist erwünscht. Probiert aus, was bei euch geht, was zu euch und eurer Region passt“, empfiehlt der BDL-Bundesvorsitzende Sebastian Schaller. Der Bewerbungszeitraum für den Ernst-Engelbrecht-Greve-Preis 2019 beginnt im Frühjahr 2018.



Herzlichen Glückwunsch. Das sind die Gewinner des Ernst-Engelbrecht-Greve-Preises 2017.

Januar: BDL zum 60. Mal auf der Grünen Woche

Eine kleine Jubiläumstorte teilten sich der BDL und der Deutsche LandFrauenverband auf der Grünen Woche. Denn wie vor 60 Jahren präsentierten sie sich Seite an Seite auf der Internationalen Grünen Woche. Für den BDL hatte die Landjugend Rheinland-Nassau das Land in die Stadt geholt. Obwohl der kleinste Stand auf dem ErlebnisBauernhof, ging es auf diesen zehn Quadratmetern im wahrsten Sinne des Wortes rund. Viele, viele Bundestagsabgeordnete und PolitikerInnen kamen dort während der Messezeit mit den Landjugendlichen ins Gespräch, die den Stand in ihrer Freizeit betreuten. Doch die jungen Rheinland-Nassauer begeisterten auch die anderen BesucherInnen und forderten: „Zeigt, dass sich was dreht“. Während die Kinder an der Haferflockenquetsche für ihr nächstes Frühstück kurbelten, kamen sie mit den Eltern über Landwirtschaft, Landjugend und das Landleben ins Gespräch.



Die drei Hoheiten zeigten, dass sich was dreht und kamen am Zukunftsrad mit der Landjugend Rheinland-Nassau ins Gespräch.

Fotos: BDL/Gräschke

Januar: Klares Bekenntnis für Toleranz & Demokratie

Auf einmal stand der ganze Saal. Keinen der knapp 3000 jungen Menschen, die am Sonntagmorgen zur traditionellen Jugendveranstaltung des BDL auf der Internationalen Grünen Woche gekommen war, hielt es in den Sitzen. Denn der BDL-Vorsitzende Sebastian Schaller hatte gesagt: „In der aktuellen Zeit wird sehr viel populistischer Müll verbreitet. Wir müssen uns daher gut informieren, ihr müsst euch informieren.“ Seinem Aufruf: „Steht zu eurer

Meinung, verteidigt sie, verteidigt die Demokratie“ waren sie umgehend gefolgt und zeigten ihre Meinung - stehend und mit Applaus. Beide Bundesvorsitzende fanden klare Worte. „Landjugend hat Werte: Freundschaft, Toleranz und Demokratieverständnis“, zählte der Vorsitzende des größten Jugendverbands im ländlichen Raum die Kernthemen auf, als er gemeinsam mit seiner Amtskollegin Nina Sehne das politische Landjugendjahr eröffnete.

Januar: Jugendforum mit First Lady a.D.



„Demokratie muss gelebt werden.“ Darin sind sich Daniela Schadt, Lebensgefährtin des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck, und Landjugend einig. Das bewies das BDL-Jugendforum auf der Grünen Woche mehr als deutlich. Gut 100 ehrenamtlich Aktive erlebten am ersten Messe-Samstag ein Gespräch auf Augenhöhe, das BDL-Vize Barbara Bißbort moderierte. Besonders interessierte sich die ehemalige „First Lady“ dafür, wie Landjugend das Land bewegt, wie sie das Dorf zusammenhält und Neuankömmlinge einbindet. „Fremde werden Freunde“, die Integrationskampagne des BDL, sei das Richtige zur richtigen Zeit. „Gerade jetzt ist es wichtig, sich in seiner Region für ein gutes Miteinander einzusetzen“, sagte Daniela Schadt. Sie zeigte sich begeistert davon, wie Integration bei der Landjugend gelebt wird, wie etwa hessische Ortsgruppen mit Volkstanz Brücken bauen oder Baden-Württemberger mit Geflüchteten kochen.

Januar: Geballte politische Kraft...

„Mehr davon!“ Das wünschen sich die beiden BDL-Bundesvorsitzenden Nina Sehnke und Sebastian Schaller mit Blick auf zehn Tage Grüne Woche: „Egal ob Landjugendstand oder Jugendveranstaltung, Landjugendball, Zukunftsforum oder Junglandwirtekongress. Jeder, der Landjugend auf der Grünen Woche erlebt hat, weiß jetzt: Mit uns muss man politisch rechnen. Daran werden wir uns noch lange erinnern“, sind sie sich einig. Und das nicht, weil beide diese erstmals als Vorsitzende erlebten, sondern weil sie die geballte politische Kraft der Landjugend hinter sich gespürt haben. Nicht minder beeindruckt hat sie die Weltpremiere „De Bello Bavario“. Geschrieben, inszeniert und auf die Berliner Bühne

gebracht von der Bayerischen Jungbauernschaft (BJB), war das Stück an Aktualität kaum zu überbieten. Witzig und selbstironisch, kurzweilig und einprägsam hat die Landjugend eine Lanze für eine starke (Staaten)Gemeinschaft gebrochen. „Hut ab vor den vielen ehrenamtlichen Aktiven aus Bayern, die uns mit ihrem Stück überzeugt haben“, so die BDL-Bundesvorsitzende. Nina Sehnke bedauert, dass nur wenige Nicht-Landjugendliche zur BDL-Jugendveranstaltung gefunden haben. Sie hätten Landleben und -wirtschaft einmal anders erlebt, sagt die junge Frau: „Denn die Landjugend hat auf der Bühne deutlich gemacht, wie die Supermarktregale ohne EU aussehen würden.“

Februar: Startschuss mit Gießkanne

„Wer beim Berufswettbewerb mitmacht, gewinnt“, so BDL-Vize Kathrin Muus, bei der feierlichen Eröffnung des 33. Berufswettbewerbes der deutschen Landjugend in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern). Der symbolische Startschuss für den europaweit größten Wettstreit der grünen Branche fiel an der Fachschule für Agrarwirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die

Talkgäste der Festveranstaltung pflanzten gemeinsam eine kleine Eiche. „Möge sie wachsen wie die Ivenacker Eichen. Unser Baum soll wachsen, grünen und Jahr für Jahr stärker werden. Damit steht er für das Motto des fairen Leistungsvergleiches «Grüne Berufe sind voller Leben - Wachstum, Stärke, Leidenschaft», das von den Teilnehmern gelebt wird“, so BDL-Vize Muus.

Februar: BDL will Transparenz-Offensive

„Das Wissen von Verbrauchern, von vielen Politikern, Verbänden und NGOs über die Landwirtschaft ist häufig von Hörensagen und Informationslücken in sozialen Medien geprägt.“ Das stellt Nina Sehnke immer wieder fest. Gepaart mit tendenziösen Fehlinformationen werde aus dem Wenig-Wissen ganz schnell Halb- und Unwissen, denn „Menschen neigen dazu, nur das aufzunehmen, was zu den bereits bestehenden Ansichten passt“, sagt die BDL-Bundesvorsitzende. Doch die Grünen Berufe und

die landwirtschaftlichen Produkte müssen mehr Wertschätzung durch Politik und Gesellschaft in Deutschland erfahren, wenn Landwirtschaft hierzulande Zukunft haben soll. Das steht für den BDL fest. Daher fordert der größte Jugendverband im ländlichen Raum das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf, kurzfristig eine Transparenz-Offensive zum Wert von landwirtschaftlichen Produkten und den agrarischen Berufen ins Leben zu rufen.

Februar: Qualifizierung nach Maß

Nur wenn wir die Deutsche LandjugendAkademie - kurz DLA - beständig weiterentwickeln, kann sie unsere bundeszentrale Infrastruktur langfristig stützen und stärken. Darum legt das DLA-Team so viel Wert darauf, dass die Qualifizierungsangebote der DLA nicht von der Stange kommen, sondern für die Bedürfnisse des Verbandes maßgeschneidert werden. „Die Rolle von Ehrenämtern und Jugendverbänden ist in den ländlichen Räumen eine grundlegend andere als in den Städten“, begründet der BDL-Bundesvorsitzende. „Bei uns auf dem Land gehört das Engagement z.B. in der



Landjugend zur sozialen und örtlichen Infrastruktur. Die Menschen brauchen die ehrenamtlichen Angebote und sie verlassen sich darauf, dass es uns gibt“, sagt Sebastian Schaller. Entsprechend richtet die Deutsche Landjugend-Akademie auch ihre Angebote aus. In diesem, ihrem dritten Jahr, ist die DLA mit Modulen zu Engagementförderung und zum Freiwilligenmanagement in ländlichen Regionen, zu Außenkommunikation und Public Awareness - also der Kommunikation mit der Welt außerhalb der eigenen Struktur - am Start.

März: Belebung von Ortskernen muss vorgehen

Der BDL-Vorstand ist sauer. Sehr sogar. Denn der Bundestag hat das Baurecht geändert. Er hat eine EU-Richtlinie im Städtebaurecht in hiesiges Recht umgesetzt und dabei nicht nur die Schaffung neuer Baugebiete in Metropolen erlaubt, sondern auch Gemeinden einen Freibrief ausgestellt. Sie dürfen bis Ende 2019 am Ortsrand Bauland ausweisen - ganz unbürokratisch, im „beschleunigten Verfahren“. „Bis zu einem Hektar Fläche ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Das muss man sich mal überlegen“, kritisiert der BDL. Ob sich so das Leben im Dorf halten

lässt, ist fraglich. Wichtiger ist es, die Ortskerne zu beleben und bereits überbautes Land nutzbar machen, statt immer neue Flächen zu versiegeln. Anstelle den Flächenverbrauch zu reduzieren - wie es die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vorsieht - besteht die Gefahr, dass dieser sich in den nächsten zwei Jahren durch den vereinfachten Ausweis von Bauland am Ortsrand noch beschleunigt. Hätte sich die Regelung nicht auf Kommunen mit ungenügendem Wohnraum beschränken lassen, fragen sich die Aktiven im BDL.

März: BDL will mehr Engagement für Mobilität

Mitfahrer-Bank, Rufbus oder Disco-Taxi - Modelle für innovative Mobilitätskonzepte gibt es zuhauf. „Es ist Zeit für den nächsten Schritt: die vielen Modellversuche müssen auf den Tisch, um endlich eine zukunftsfähige Gesamtstrategie in Sachen Mobilität auf den Weg zu bringen“, fordert der BDL-Bundesvorsitzende Sebastian Schaller. Gerade die ländlichen Räume benötigen eine intelligente Mobilität, die verschiedene Fortbewegungsmöglichkeiten miteinander verzahnt. Nicht nur

im Streckennetz sondern auch in der Taktung, den Tarifsystemen und den Fahrplänen. Wichtig aus Sicht des BDL-Bundesvorsitzenden ist, insbesondere ein Grundangebot an öffentlichem Personennahverkehr mit definierten Mindeststandards abzusichern. Denn zu oft werden die ländlich geprägten Regionen in Förderprogrammen unterschlagen. „Es klingt zwar hart, aber ein Dorf ohne regelmäßig frequentierte Haltestelle stirbt“, ist Sebastian Schaller überzeugt.

April: Bumi in Papenburg

Bei der dreitägigen Bundesmitgliederversammlung – kurz Bumi – im Emsland, die von der Niedersächsischen Landjugend bestens vorbereitet war, wurde Mara Walz in den Vorstand kooptiert. Dies war einer von 15 Tagesordnungspunkten. Zugleich informierten sich die Delegierten der Landesverbände über die Situation dort. Sie nahmen den Masterplan Ems unter die Lupe und besuchten die in Papenburg ansässige Meyer

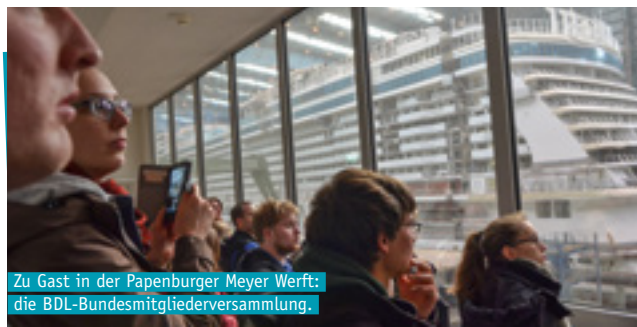


Foto: BDL/Gräschke

Werft, die insgesamt für über 21.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze sorgt. „Arbeit hält Menschen in der Region“, so die

BDL-Bundesvorsitzenden. Das beschäftigte die ehrenamtlich Aktiven auch in der Sitzung, in der sie sich intensiv mit den Landjugend-Wahlforderungen zur Bundestagswahl auseinandersetzten. In der Diskussion machten sie deutlich, dass der demographische Wandel keine Naturkatastrophe ist, sondern gestaltet werden muss.

Mai: Selfies sind keine Jugendpolitik

Es hätte wirklich gut werden können. Zu Beginn der 18. Legislaturperiode stand für Jugendliche vieles in Aussicht - zumindest im Koalitionsvertrag. Doch da war im Ergebnis zu wenig Jugend drin. Wie in den Jahren zuvor konzentrierte sich die Ministerin auf die Familien. Das kann sie auch, aber die Jugend fiel, sieht man von dem standardmäßig erscheinenden Jugendbericht ab, schlichtweg hinten runter. Der BDL hält die im Koalitionsvertrag angekündigte „ressortübergreifende Jugendpolitik“ für geschei-

tert. Aufgabenteilung sei gut, sind sich die ehrenamtlich Aktiven einig, aber eine Ministerin muss sich all ihren Zielgruppen zuwenden und nicht nur denen, die politisch am vielversprechendsten erscheinen. Sonntagsreden über und Selfies mit jungen Menschen mögen gut aussehen. Doch für die Jugendpolitik sind sie gegenstandslos. Für den BDL ein Grund mehr, eine/n StaatssekretärIn für Jugend zu fordern, damit Jugend ernstgenommen wird und nicht länger hinter Familien, Senioren und Kindern verschwindet.

Mai: Überall schnelles Internet

„Schnelles Internet ist heute fast wichtiger als gute Straßen vor der Haustür. Der Satz stammt von meiner Vorvorvorgängerin, die damals Breitband fürs Land gefordert hat“, sagt der BDL-Vorsitzende. Heute zwölf Jahre später, gehört der schnelle digitale Anschluss immer noch zu den BDL-Wahlforderungen. „Wenn wir die unternehmerischen, wirtschaftlichen, sozialen und kreativen Potentiale der ländlichen Räume aufgrund mangelnder Breitbandanschlüsse nicht nutzen, ist absehbar, dass die Bundesrepublik bald auch in anderen Bereichen auf den «Abstiegsplätzen» rangiert. Es ist im gesamtstaatlichen Interesse, den Ausbau zu forcieren. Für unseren Fortschritt brauchen wir die ländlichen Räume“, so Sebastian Schaller.

BDL-Termine

Sommer

- 11.-16.6.** Berufswettbewerb der deutschen Landjugend, Bundesentscheid in Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern
- 28.6.** JunglandwirtInnen-Lunch auf dem Deutschen Bauerntag 2017 in Berlin
- 28.8.** AK JungwinzerInnen in Ensheim

Herbst

- 9.-10.9.** AK Jugend macht Politik in Erfurt
- 16.-17.9.** AK Agrarpolitik in Regensburg
- 10.-15.10.** BDL-Bildungswoche in Berlin
- 14.10.** Verbandswerkstatt in Berlin
- 15.10.** BDL-Bundesausschuss in Berlin

Impressum

BDLspezial Ausgabe 2/2017

Fachmagazin der Landjugend

Herausgeber: Bund der Deutschen Landjugend e.V.
Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Tel.: 030 - 31904-253; Fax: -206
eMail: info@landjugend.de
Internet: www.landjugend.de,
www.junglandwirte.de, www.fremde-werden-freunde.com

Redaktion: Carina Gräschke

Erscheinungsform: dreimal jährlich

Auflage: 2000 Stück

Graphische Gestaltung: SEQUENZ, Berlin

Druck: Spree Druck Berlin GmbH

Der Umwelt zuliebe auf Recyclingpapier gedruckt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Nicht gekennzeichnete Beiträge/Fotos:
Carina Gräschke. Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

Umschlagsgestaltung: SEQUENZ, mit Illustrationen von christine krahlfotolia (Döner); Ddraw/FreePik (Hand); Macrovector/FreePik (Salatblatt); FreePik (Olive)

Das BDLspezial wird gefördert durch das



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

(B)isst du im nächsten BDLspezial dabei?

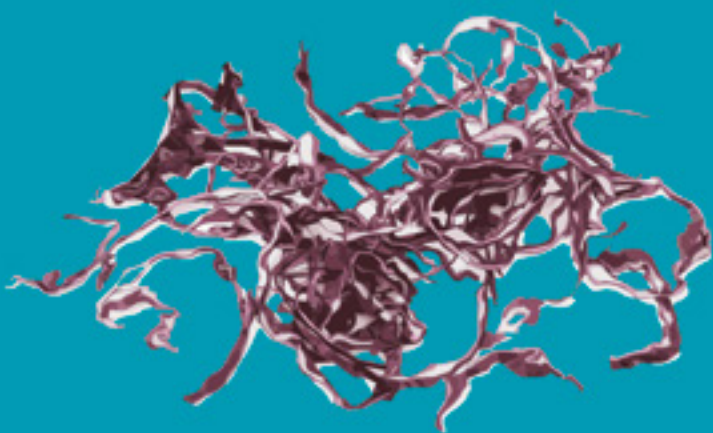
Das nächste Landjugendmagazin soll im Herbst erscheinen. Darin geht es erst einmal nicht um alten Wein in neuen Schläuchen, auch wenn das angesichts des Arbeitstitels „(B)isst du billig?“ naheliegt. Vielmehr wollen wir Aspekte wie z.B. regionale Produkte, Ehrenamt, Bezahlung in der Ausbildung ins Rampenlicht holen und beleuchten, wie wertvoll sie für wen sind. Viele können von dem Spagat zwischen dem, was gesellschaftlich gern gesehen und in Sonntagsreden auch gern unterstützt wird, und dem, was im tatsächlichen Sinne des Wortes wertgeschätzt wird, viele Liedchen singen. Entsprechend kann es um Sinn und Nachhaltigkeit von Schulobst- bzw. Schulmilchprogrammen gehen oder um den Rückhalt, den euer Engagement in den Gemeinden erfährt. Ihr setzt die Themen, die ins „(B)isst du billig?“-Magazin finden. Seid ihr dabei? Dann schickt eure Beiträge bis Ende August an c.graeschke@landjugend.de. Denn eins ist klar: das BDLspezial gibt es nur mit euch!!

Wähle selbst, was rein kommt!

Grün & gesund



Rot & saftig



Links & krautig



Schwarz & kernig